

Mike Schmeitzner

## Tödlicher Hass: Antisemitismus und Judenverfolgung in Dresden 1933–1945<sup>1</sup>

*In Dresden existierte seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein antisemitisch-völkisches Milieu, das die Präsenz eines wirkmächtigen Antisemitismus, den Aufstieg der NSDAP und deren Judenpolitik nach 1933 grundlegend beeinflusste. Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl an Juden in der Stadt ergriffen die Nationalsozialisten und ihr Führer Martin Mutschmann zahlreiche Eigeninitiativen, um das ‚jüdische Problem‘ zu beseitigen. Der Aufsatz zeichnet Grundlagen und Praxis der nationalsozialistischen Judenpolitik in der sächsischen Gauhauptstadt zwischen 1933 und 1945 nach, die durch verschiedene Besonderheiten über die allgemeine Entwicklung von Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung der Juden hinausging.*

*An anti-Semitic and nationalistic milieu emerged in Dresden in the last third of the 19th century. It had a fundamental influence on generating a powerful anti-Semitism, as well as on the rise of the regional NSDAP and its 'Jewish policies' after 1933. Even though there were relatively few Jews in the city, the National Socialists and their Saxon leader Martin Mutschmann undertook numerous initiatives to eliminate the 'Jewish problem'. This article traces the fundamentals and practices of National Socialist 'Jewish policies' in the Saxon capital of the Gau from 1933 to 1945. These went far beyond the typical deprivation, social exclusion, and persecution of Jewish citizens that developed elsewhere in Germany.*

### Antisemitismus vor 1933: Milieus und Parteien

Die nationalsozialistische Judenverfolgung hatte gerade in der sächsischen Residenzstadt Dresden<sup>2</sup> eine lange und auch erschreckend erfolgreiche Vorgeschichte.

<sup>1</sup> Dieser Text wurde in Grundzügen bei einem, dem Romanisten Victor Klemperer gewidmetem Kolloquium 2012 in Dresden vorgetragen. Er erscheint auch im Druck der Dokumentation dieser Tagung „Victor Klemperer – Heimat im Wort?“ im Thelem-Verlag Dresden.

<sup>2</sup> Zu Antisemitismus und Judenverfolgung in Dresden vgl. vor allem Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung, Darmstadt 1973; Marschner, Wolfgang: Verfolgt – Verschleppt – Verbrannt. Vom Schicksal der Juden in Dresden 1933 bis 1945 (= Sächsische Hefte für Zeitgeschichte und Kultur, Nr. 1), Dresden 1995; Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert. Themenheft der Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, 14 (1996), 45; Liebsch, Heike: „Ein Tier ist nicht rechtloser und gehetzter.“ Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Dresden 1933 bis 1937, in: Heer, Hannes (Hg.): Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der Zeit, Berlin 1997, S. 73–91; Goldenbogen, Nora: „Man wird keinen von ihnen wiedersehen.“ Die Vernichtung der Dresdner Juden 1938–1945, in: Heer, Finsternis, 1997, S. 92–109; Gryglewski, Marcus: Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, in: Haase, Norbert/Jersch-Wenzel, Stefi/Simon, Hermann (Hg.): Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, Leipzig 1998, S. 87–150; Ullrich, Uwe: Zur Geschichte der Juden in Dresden, Dresden 2001; Vollnhals, Clemens: Jüdisches Leben in Sachsen. Von der Emanzipation zur Judenverfolgung, in: Besier, Gerhard/Stoklosa, Katarzyna (Hg.): Lasten diktatorischer Vergangenheit – Herausforderungen demokratischer Gegenwart. Zum Rechtsextremismus heute (= Mittel- und Osteuropastudien, Bd. 1), Berlin 2006, S. 89–107; Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V./Arbeitskreis Gedenkbuch (Hg.): Buch der Erinnerung.

Die ‚moderne‘ rassenbiologische Variante der Judenfeindschaft (das heißt Antisemitismus statt Antijudaismus) wurde in der Landeshauptstadt nicht erst mit dem Erfolg der Nationalsozialisten im Jahre 1929/30 virulent, sondern bereits seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Wirtschaftliche Krisenerscheinungen in den 1870er Jahren und der verstärkte Zuzug von Juden aus Osteuropa in die verhältnismäßig kleine jüdische Gemeinde zu Dresden dürften auch hier die rasche Ausbreitung antisemitischer Ressentiments beflügelt haben. Diese fanden vor allem in den von der Krise besonders in Mitleidenschaft gezogenen Mittelstand Eingang. Wegbereiter des neuen Antisemitismus wie die Verleger und Publizisten Alexander Pinket (Dresden), Theodor Fritsch (Leipzig) und Ernst Schmeitzner (Chemnitz) propagierten das Feindbild des Juden bald schon als Teil einer Verschwörungstheorie, nach der der Mittelstand zwischen die Mühlsteine einer angeblich jüdischen Hochfinanz und einer jüdisch-marxistisch geprägten Arbeiterbewegung zu geraten drohte. 1879 gründete Pinkert in Dresden die antisemitische Reformpartei, zwei Jahre später tagte hier der Erste Internationale Antijüdische Kongress, auf dem neben den lokalen Größen wie Pinkert und Schmeitzner auch die zentralen Figuren (zum Beispiel Adolf Stoecker) in Erscheinung traten. Dresden entwickelte sich danach rasch zu einer der Hochburgen der Reformpartei, der es bei den Reichstagswahlen 1893 gelang, die beiden Wahlkreise links und rechts der Elbe (Altstadt, Neustadt) zu erobern. Die Propaganda gegen eine vermeintlich ‚goldene‘ und ‚rote‘ Internationale hatte damit erste durchschlagende Erfolge gezeitigt.<sup>3</sup>

Auch wenn die Reformpartei lange vor dem Ersten Weltkrieg ihren Massenanhang verlor, blieb doch ein Teil des Milieus bestehen. Die Aktivitäten eines Bruno Tanzmann, der in Dresden-Hellerau die Deutsche Bauernhochschule gründete und die Artamanen mit ins Leben rief, überdauerten den Zerfall der Reformpartei ebenso wie der Dresdner Ableger des 1919 gegründeten Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.<sup>4</sup> Wie schnell eine völkisch und antisemitisch geprägte Partei wieder Zulauf erhalten konnte, zeigte unterdessen der Fall der Deutsch-Sozialen Partei (DSP): Noch unter dem Eindruck der Hyperinflationskrise erzielte die neue Partei bei Kommunalwahlen Anfang 1924 fast sieben Prozent; sie erwies sich in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung bald als „überdurchschnittlich“ aktive, „unberechenbare, antisemitische, ultrarechte Partei“.<sup>5</sup> Ihre Vertreter bezeichneten den Versailler Friedensvertrag von 1919 als „Vertrag der Bank- und Börsenwelt“ und als „Schandwerk jüdischen Dogmengeistes“. Mit Verve wandten sie sich gegen „eingewanderte fremdrassige Ausländer“ wie „galizische und tschechische

---

Juden in Dresden: deportiert, ermordet, verschollen 1933–1945, Dresden 2006; Ulbricht, Gunda/Glückner, Olaf (Hg.): Juden in Sachsen, Leipzig 2013; Pieken, Gorch/Rogg, Matthias (Hg.): Schuhe von Toten. Dresden und die Shoa, Dresden 2014. Eine kürzlich erschienene Bestandsaufnahme für Sachsen erarbeitete verdienstvollerweise Pieper, Christine: Juden in Sachsen 1933 bis 1945: Ein defizitäres Forschungsfeld, in: Medaon 8 (2014), 15, S. 1–83, online unter: [http://www.medaon.de/pdf/MEDAON\\_15\\_Pieper.pdf](http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_15_Pieper.pdf) [20.08.2016]. Ich danke meinen Kollegen Dr. Clemens Vollnhals, Dr. Gunda Ulbricht, Dr. Swen Steinberg, Dr. Birgit Sack, Dr. Gerald Hacke und Hagen Markwardt, M. A., für wertvolle Hinweise und Unterstützung.

<sup>3</sup> Vgl. Piefel, Matthias: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914 (= Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts, Bd. 46), Göttingen 2004, S. 15–48 und 103–113; Schmeitzner, Mike: „Deutsche Wacht“ und „Tintenjuden“. Antisemiten und Sozialdemokraten im Kampf um die politische Macht in Dresden 1893–1903, in: Dresdner Hefte 22 (2004), 80, S. 36–44.

<sup>4</sup> Piefel, Matthias: Bruno Tanzmann. Ein völkischer Agitator zwischen wilhelminischem Kaiserreich und nationalsozialistischem Führerstaat, in: Schmitz, Walter/Vollnhals, Clemens (Hg.): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur (= Kulturstudien, Bd. 2), Dresden 2005, S. 255–280.

<sup>5</sup> Maß, Anita: Politische Kommunikation in der Weimarer Republik. Das Dresdner Stadtverordnetenkollegium 1918–1933, Leipzig 2009, S. 236 und 333.

Juden“, denen sie vorhielten, sie hätten sich in dem „großen Dresdner Haus [...] eingemistet“.<sup>6</sup> Diese antisemitische und ausländerfeindliche Hetze stieß zwar mehrheitlich (und zwar bei der Linken wie der bürgerlichen Mitte) auf Ablehnung, sie war aber mit Blick auf die rechtskonservative DNVP und die frühe NSDAP inhaltlich anschlussfähig.<sup>7</sup>

Für die Reformpartei wie für die DSP und die Ende der 1920er Jahre langsam an Zulauf gewinnende NSDAP blieb der Jude immer rassistisch konnotiert: Für alle drei Parteien wie für das sie tragende völkische Milieu<sup>8</sup> war er nie nur Glaubensjude, sondern Jude weiterhin auch dann – egal ob evangelisch getauft oder konfessionslos –, wenn er sich längst vom Judentum gelöst hatte. So galt er allen drei genannten Parteien als ‚heimlicher‘ oder ‚verdeckter‘ Jude, dem ebenso wie dem Glaubensjuden konsequent sein Deutschsein abgesprochen wurde.<sup>9</sup> Marcus Gryglewski hat diese rassistische Definition einmal als „vulgäre Kombination von Mendelscher Vererbungslehre und individueller Religionszugehörigkeit“ beschrieben.<sup>10</sup> Es war jene Kombination, die von der NSDAP im Zuge der Nürnberger Gesetze (1935) detailliert geregelt wurde. In Dresden betraf diese Definition zum einen die ca. 4.400 Mitglieder der jüdischen Gemeinde, zum anderen aber auch noch bis zu 3.000 Menschen, die die Nationalsozialisten als ‚verdeckte‘ Juden definierten, obwohl sie längst die jüdische Glaubensgemeinschaft verlassen hatten.<sup>11</sup>

Das in Dresden 1930 begründete NS-Blatt *Der Freiheitskampf* hatte schon früh deutlich gemacht, dass es in dieser Frage keine unterschiedliche Behandlung geben würde: Kampagnen wie diejenige gegen den vormaligen Ministerpräsidenten Georg Gradnauer, den Begründer des ersten sächsischen Freistaats, legen davon Zeugnis ab. Gerade Gradnauer ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie langfristig und folgenreich die Dresdner antisemitische Propaganda wirkte. 1893 war der ursprünglich jüdische, zu diesem Zeitpunkt bereits evangelisch getaufte und später konfessionslose sozialdemokratische Reichstagskandidat erstmals Opfer einer antisemitischen Kampagne geworden, 1919 geriet der Patriot und ‚Burgfriedenspolitiker‘ erneut ins Visier der Antisemiten, um 1933 schließlich verhaftet und 1944 als fast 80-jähriger ins KZ

<sup>6</sup> Zit. nach: Maß, Politische Kommunikation, 2009, S. 236 f.

<sup>7</sup> Vgl. Maß, Politische Kommunikation, 2009, S. 236 f. und 240.

<sup>8</sup> Zum völkischen Milieu und dessen Einwirkungen bis in weite Teile der Studentenschaft (Dresdens) vor 1933 vgl. Vollnhals, Clemens: *Der gespaltene Freistaat: Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen*, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): *Sachsen in der NS-Zeit*, Leipzig 2002, S. 9–40, hier S. 29–33.

<sup>9</sup> Die von den Völkischen eingeführte Unterscheidung in ‚Deutsche‘ (‚Arier‘) und ‚Juden‘ sollte nicht dadurch perpetuiert werden, dass – zumeist gedankenlos – weiterhin zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Juden‘ unterschieden wird; so, als ob gläubige Juden oder Menschen jüdischer Herkunft nicht ebenso Deutsche bzw. deutsche Staatsbürger gewesen seien. Für die allermeisten der in Deutschland lebenden Juden war es selbstverständlich, Deutsche jüdischen Glaubens bzw. deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens zu sein. Zum Selbstverständnis des deutschen Judentums vgl. die richtungsweisende – und bereits im Titel Aufschluss gebende – Monografie von Zimmermann, Moshe: *Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden 1938–1945*, Berlin 2008.

<sup>10</sup> Gryglewski, Markus: „Dieses Feuer kehrt zurück. Es wird einen großen Bogen gehen und wieder zu uns kommen.“, in: *Jüdische Gemeinde Dresden* (Hg.): *Einst & jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde*, Dresden 2001, S. 92–107, hier S. 97.

<sup>11</sup> Die Zahl von ca. 4.400 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde bezieht sich auf die Volkszählung von 1933; im Jahre 1925 hatte die Gemeinde, die auch Juden im Großraum Dresden umfasste, noch 5.120 Mitglieder gezählt. Überdies gibt der Arbeitskreis Gedenkbuch an, dass er bei Recherchen über 7.100 durch die Rassengesetze verfolgte Juden gefunden habe (vgl. *Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V./Arbeitskreis Gedenkbuch, Buch der Erinnerung*, 2006, S. 17). Hinsichtlich der ‚verdeckten‘ Juden existieren dagegen keine verlässlichen Zahlen.

Theresienstadt deportiert zu werden. Nur mehreren glücklichen Umständen ist es zu verdanken, dass er die Haft überlebte.<sup>12</sup>

Der Herausgeber des Freiheitskampfes, der gleichzeitig auch als Gauleiter der sächsischen NSDAP fungierte, war an der Kampagne und dem Versuch, Gradnauers Existenzgrundlage zu vernichten, maßgeblich beteiligt gewesen; wie kein anderer prägte er vor 1933 einen geradezu obsessiven Antisemitismus: Gemeint ist Martin Mutschmann, ein Anhänger Theodor Fritschs, der bereits in Plauen 1914 bei antijüdischen Ausschreitungen engagiert gewesen und später als kleiner vogtländischer Textilunternehmer gescheitert war. Nicht zuletzt deshalb hatte das frühere Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes wohl die Verschwörungstheorie vom Zusammenspiel einer ‚roten‘ und ‚goldenen‘ jüdischen Internationale so tief verinnerlicht.<sup>13</sup> Der Dresdner Romanist Victor Klemperer, der jüdischer Herkunft, aber evangelisch getauft war, beurteilte Mutschmann mit Blick auf den reichsweiten Antisemitismus später so: „[Julius] Streicher in Franken und [Martin] Mutschmann in Sachsen, das sind wohl die Nonplusultras.“<sup>14</sup> Tatsächlich hatte Mutschmann bereits 1931 öffentlich das Niederbrennen von Synagogen gefordert und Anfang Januar 1933 in *Der Freiheitskampf* verkündet: „Es wird der Tag kommen, an dem wir bestimmen: ab morgen darf kein Jude eine deutsche Zeitung schreiben, in ‚öffentlicher Meinung machen‘, kein jüdischer Arzt deutsche Volksgenossen behandeln, kein jüdischer Professor der akademischen deutschen Jugend Geistesgüter übermitteln und schließlich kein jüdischer Richter über deutsche Volksgenossen zu Gericht sitzen.“<sup>15</sup> Weit mehr als 30 Prozent der an Wahlen beteiligten Dresdner Bürger folgten solchen oder ähnlichen Parolen oder nahmen diese (bewusst) in Kauf.<sup>16</sup> Anders als 1893 oder 1924 existierte in der damaligen Wirtschafts- und Staatskrise mit der NSDAP eine überaus starke, machtbewusste und auch flächendeckend verankerte Partei, die keine folgenlose Rhetorik betrieb, sondern bereit war, ihren Ankündigungen tatsächlich Taten folgen zu lassen.

### **Antisemitismus als Staatsdoktrin: Die Zäsur vom Frühjahr 1933**

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Ende Januar 1933 erschien die Realisierung eines antisemitischen Programms zum Greifen nah. So wie auf Reichsebene sah sich auch in Sachsen und Dresden die NS-Führung bald in der Lage, die bisherigen Verkündigungen umzusetzen. Der von der NSDAP betriebene Sturz der Beamtenregierung Walther Schiecks schuf Anfang März in Dresden die dazu nötigen Grundlagen: Mithilfe der SA, die öffentliche Gebäude und solche der politischen Gegner stürmte,<sup>17</sup> und

<sup>12</sup> Vgl. Schmeitzner, Mike: Georg Gradnauer – Der Begründer des Freistaates (1918–1920), in: Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas (Hg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 52–88.

<sup>13</sup> Zu Mutschmanns Weltbild vgl. Schmeitzner, Mike: Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha 2011, S. 23–37.

<sup>14</sup> Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941, Bd. 1, Berlin 1995, S. 313 [Eintrag vom 10.10.1936].

<sup>15</sup> Kreiskongress in Zittau, in: *Der Freiheitskampf*, 7 (09.01.1933), S. 3.

<sup>16</sup> Die Ergebnisse von 30 bis 37 Prozent beziehen sich auf die Kommunalwahlen (November 1932) und die Reichstagswahlen (Juli 1932) für Dresden.

<sup>17</sup> Vgl. Steinberg, Swen/Buschak, Willy: Die frühe Besetzung der sächsischen Gewerkschaftshäuser im März 1933 am Beispiel von Dresden, in: Hermann, Konstantin (Hg.): Führerschule, Thingplatz, „Judenhaus“. Orte und Gebäude der

mit Unterstützung der Regierung Hitler wurde zuerst Manfred von Killinger, der bekannte SA-Führer und ‚Rechtsterrorist‘, als Reichskommissar (später als Ministerpräsident) eingesetzt. Durch die Berufung Martin Mutschmanns auf den neu geschaffenen Posten des Reichsstatthalters (Mai 1933) hatte Hitler zudem einen persönlichen Vertrauten in eine weitere Schlüsselposition gehoben.<sup>18</sup> Von beiden NS-Protagonisten war Mutschmann, der sich in der Folge gegen Killinger durchsetzen konnte, der fanatischere Antisemit. Er, der auch die Gaupartei hinter sich wusste, arbeitete dem ‚Führer‘ in puncto Antisemitismus und Judenverfolgung nicht nur „entgegen“ (Ian Kershaw), sondern versuchte ihm gar bis 1945 immer wieder voranzueilen. Für die Juden in Dresden und Sachsen begann nun eine Zeit der Verfolgung, die mit dem Ausschluss aus dem öffentlichen Leben, Entrechtungsmaßnahmen, einzelnen Enteignungen und (individuellem) Terror begann, später mit der systematischen Verdrängung aus der deutschen, ‚arischen‘ Gesellschaft fortgesetzt wurde und schließlich im Krieg mit Zwangsarbeit, Deportation und Vernichtung endete.<sup>19</sup>

Den Auftakt der Verfolgung und Ausgrenzung bildete auch in Dresden der zentral organisierte Boykott gegen jüdische Warenhäuser und Händler, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien am 1. April 1933. Zur „planmäßigen Durchführung“ der Aktion hatte sich in den Vortagen ein „Aktions-Komitee“ für Dresden-Stadt gebildet, dem unter der Leitung des NS-Propagandaleiters Leschke unter anderem verschiedene Führer von SA- und SS-Standarten, aber auch die Kreisleiterin der NS-Frauenschaften angehörten.<sup>20</sup> Als Abschluss des Boykotttages veranstaltete die Dresdner NSDAP eine Großkundgebung auf der Illgen-Kampfbahn, auf der Mutschmann vor Tausenden eigenen Anhängern und vor aller Welt deutlich machte, wie er in seinem Machtbereich künftig mit den Juden umgehen würde. Dem sogenannten „Gastvolk“ kündigte er an: „Der erste Tag des Boykotts war ja nur eine Generalprobe. Das nächste Mal geht es nicht so gemütlich zu. [...] Wenn man einen Feind schlägt, muss man ihn vernichten.“<sup>21</sup> Gewiss hatte Mutschmann mit dem Begriff „Vernichtung“ noch nicht die physische Liquidierung der Juden im Blick, sondern in erster Linie deren Verdrängung aus der Gesellschaft und deren Ausweisung aus dem Land; erst nach einem Bedeutungswandel umschrieb der Begriff Jahre später – ab dem Jahr 1941 – die physische Liquidierung der Juden im Reich und in Europa.<sup>22</sup>

Doch kam Mutschmann in seiner Rede auf sein radikales antisemitisches Programm von Anfang Januar 1933 zurück:<sup>23</sup> Ausgehend von seiner seit Jahren gebetsmühlenhaft wiederholten Behauptung, die angebliche jüdische „Weltmacht“ beruhe auf drei Waffen (nämlich Gold, Presse und Marxismus), ließ er wissen, dass alle Juden, die nach 1914 ins

nationalsozialistischen Diktatur in Sachsen, Dresden 2014, S. 54–57.

<sup>18</sup> Zur Machteroberung von NSDAP und SA in Sachsen vgl. Wagner, Andreas: „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935, Köln 2004, S. 136–177.

<sup>19</sup> Zu den einzelnen Schritten in Dresden vgl. die Chronologie zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, in: Haase/Jersch-Wenzel/Simon, Erinnerung, 1998, S. 151–181.

<sup>20</sup> Achtung! Boykottbewegung, in: Der Freiheitskampf, 76 (30.03.1933), S. 5.

<sup>21</sup> Gauleiter Mutschmann gegen die jüdische Hetze, in: Der Freiheitskampf und Leipziger Tageszeitung, (03.04.1933), Nr. 79, S. 3.

<sup>22</sup> Vgl. Longeric, Peter: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München 2001, S. 25.

<sup>23</sup> Mutschmanns Überlegungen basierten selbstredend auch auf den antisemitischen Vorstellungen im 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920.

Land gekommen seien, auszuwandern hätten und dass künftig „Juden keine deutschen Zeitungen schreiben dürfen, keine Ärzte und keine Rechtsanwälte werden dürfen“. Die neue NS-Regierung werde den Juden Rechte „zumessen“.<sup>24</sup> Seine Anhänger hatten seit den Tagen der Machteroberung in Sachsen begriffen, wie ihr Parteiführer verstanden werden wollte: Mit ‚spontanen‘ Aktionen von ‚unten‘ hatten sie bereits seit Anfang März 1933 ein Klima der Einschüchterung geschaffen und erste handgreifliche ‚Säuberungen‘ in öffentlichen und privaten Institutionen vorgenommen. Die Atmosphäre dieser Tage charakterisierte Victor Klemperer, dem noch nicht klar war, ob er an der TH Dresden weiter lehren konnte oder nicht, so: „Im Krieg stand ich unter Militärgesetz, aber doch unter Gesetz; jetzt bin ich der Willkür ausgeliefert.“<sup>25</sup>

In diesem Klima der Angst und der Boykottankündigung gedieh ebenso schnell der Prozess der ‚Selbstgleichschaltung‘ sogar privater Institutionen: So war bereits am 31. März der bekannte Verleger und Chefredakteur der Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN), Julius Ferdinand Wolff, von seinem Posten zurückgetreten. Als Gründe nannte das Blatt Krankheit und die Sorge um eine Schädigung des eigenen Unternehmens. Überdies betonte die Zeitung in einer Selbstdarstellung, die Victor Klemperer als „jämmerlich“ und „entsetzlich“ bezeichnete,<sup>26</sup> nun ihre ‚Reinrassigkeit‘. Die Schriftleitung erklärte, „die DNN“ seien „kein in jüdischem Besitz befindliches Blatt“; Wolff, der seit drei Jahrzehnten evangelischer Christ sei, gehöre nur ein „minimaler Anteil“ am Verlag, und ein Redakteur „jüdischer Abkunft, der übrigens nie politisch aktiv war“, sei bereits beurlaubt worden. Alle anderen Redakteure – so die öffentliche Versicherung der Dresdner Neuesten Nachrichten – seien jedoch Arier!<sup>27</sup> Nur wenige Wochen nach dem endgültigen Verbot der linken Dresdner Presse hatte jetzt die vormals bürgerliche bzw. liberale Presse begriffen, welchen Weg sie gehen musste, wollte sie denn weiter existieren.

Die ersten antisemitischen Maßnahmen des Regimes im Reich und in Sachsen zielten auf die flächendeckende Verdrängung von Juden aus den öffentlichen Verwaltungen, aus Kultur und Wissenschaft. Hatte der von Hitler eingesetzte Reichskommissar von Killinger schon Mitte März 1933 die „sofortige Entbindung aller kommunistischen Beamten und Lehrer von ihren Ämtern“ angeordnet,<sup>28</sup> wurde Ende März – und damit pünktlich zur Boykottaktion – „den in der Dresdner Stadtverwaltung angestellten Juden die sofortige Beurlaubung oder Entlassung ausgesprochen“.<sup>29</sup> Am 7. April 1933 setzten mit der reichsweiten Regelung durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) generelle Entlassungen ein. „Gesäubert“ werden konnte nun, wer den neuen ‚Machthabern‘ aus politischen und/oder rassistischen

<sup>24</sup> Gauleiter Mutschmann gegen die jüdische Hetze, in: Der Freiheitskampf und Leipziger Tageszeitung, (03.04.1933), Nr. 79, S. 3.

<sup>25</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, 1995, S. 19 [Eintrag vom 07.04.1933].

<sup>26</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, 1995, S. 15 f. [Eintrag vom 30.03.1933]. Vermutlich ist der Eintrag falsch datiert, da die betreffende Ausgabe der DNN erst am 31.03.1933 erschien.

<sup>27</sup> In eigener Sache, in: Dresdner Neueste Nachrichten, 77 (31.03.1933), S. 3. Vgl. auch Krüger, Ralf: Presse unter Druck. Differenzierte Berichterstattung trotz nationalsozialistischer Presselenkungsmaßnahmen. Die liberalen Dresdner Neuesten Nachrichten und das NSDAP-Organ Der Freiheitskampf im Vergleich, in: Pommerin, Reiner (Hg.): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln 1998, S. 43–66, hier S. 48.

<sup>28</sup> Wagner, Andreas: Mutschmann gegen von Killinger. Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der „Machtergreifung“ im Freistaat Sachsen, Beucha 2001, S. 105.

<sup>29</sup> Marschner, Verfolgt, 1995, S. 4 f.

Gründen im Wege stand. Nimmt man die Landesverwaltungsebene in den Blick, dann wurden innerhalb eines halben Jahres (also bis November 1933) mehr als 1.800 Beamte „gesäubert“ – darunter 1.465 aus politischen und 135 aus rassistischen Gründen.<sup>30</sup> An der Spitze der in Dresden „Gesäuberten“ stand mit Wilhelm Külz der liberale Oberbürgermeister der Stadt, der als ausgewiesener NS-Gegner und ‚Judenfreund‘ galt; er hatte sich am 7. März 1933 geweigert, auf dem Dresdner Rathaus, das im NS-Jargon nur „Külz-Burg“ hieß, die Hakenkreuzfahne hissen zu lassen.<sup>31</sup>

Der Anteil der aus rassistischen Gründen Entlassenen lag dagegen auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft deutlich höher – also dort, wo Deutsche jüdischer Herkunft einen größeren Einfluss besessen hatten. Das haben nicht zuletzt die Initiatoren der Ausstellung „Verstummte Stimmen“, Hannes Heer, Jürgen Kesting und Peter Schmidt, für die wichtigsten Dresdner Spielstätten nachweisen können: In den beiden Dresdner Staatstheatern wurden seit Frühjahr 1933 acht Ensemblemitglieder aus rassistischen und 19 aus politischen Gründen entlassen. Der Generalintendant der Semperoper Alfred Reucker und der Generalmusikdirektor Fritz Busch waren Anfang März 1933 als sogenannte ‚Judenfreunde‘ unter demütigenden Umständen zum Amtsverzicht gezwungen worden. Zum selben Zeitpunkt wurde auch der über Dresden weit hinaus bekannte Dramaturg des Schauspielhauses, Karl Wolff, als Jude für abgesetzt erklärt; lange vor 1933 hatte die NS-Fraktion im Landtag immer wieder die Einsparung seines Postens gefordert.<sup>32</sup>

An der TH Dresden wurden nach 1933 mindestens 22 Hochschullehrer entlassen, davon allein neun wegen ihrer jüdischen Herkunft. Unter den Vertriebenen befanden sich so prominente wie der Physiker Harry Dember und der Fotochemiker Emanuel Goldberg, der 1933 von der SA verschleppt und misshandelt wurde, bevor er nach Frankreich flüchten konnte und in Palästina überlebte; Dember gelangte über die Türkei in die USA.<sup>33</sup> Victor Klemperer selbst war von der ersten Entlassungswelle 1933 verschont geblieben, weil er unter den Frontkämpferpassus fiel, der (vorerst) eine Weiterbeschäftigung ermöglichte. Das änderte sich zwei Jahre später, als er und fünf Leipziger Kollegen von Gauleiter Mutschmann persönlich entlassen wurden. Bemerkenswert an dieser Tatsache waren Motiv und Zeitpunkt: Als Begründung musste nämlich nicht der § 3 BBG (also die nichtarische Herkunft) herhalten, sondern der § 6 („Vereinfachung der Verwaltung“). Dass in diesem Fall ein eigenmächtiges Vorgehen Mutschmanns vorlag, macht der Zeitpunkt deutlich: Die Entlassungen griffen den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze vom September 1935 um Monate vor. Allerdings musste Mutschmann nicht befürchten, von Berlin aus korrigiert zu werden. Und auf vereinzelte Proteste an der Leipziger Universität – Werner Heisenberg äußerte hier fakultätsintern: „Frontkämpfer gehören zur Volksgemeinschaft“ – ließ die Gauleitung mit Einschüchterungen reagieren.<sup>34</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Wagner, „Machtergreifung“ in Sachsen, 2004, S. 235. Politisch missliebige Beamte konnten aber auch aufgrund des Paragraphen 6 („zur Vereinfachung der Verwaltung“) in den Ruhestand versetzt werden.

<sup>31</sup> Vgl. Wagner, „Machtergreifung“ in Sachsen, 2004, S. 138.

<sup>32</sup> Vgl. Heer, Hannes/Kesting, Jürgen/Schmidt Peter: Verstummte Stimmen. Die Vertreibung der „Juden“ und „politisch Untragbaren“ aus den Dresdner Theatern 1933 bis 1945, Berlin 2011, S. 116.

<sup>33</sup> Fraunholz, Uwe et al. (Hg.): [Mit]gemacht? Technik- und Naturwissenschaftler der TH Dresden im Nationalsozialismus, Dresden 2012, S. 57–59.

## Der mörderische Terror des „Maßnahmenstaates“

Neben Boykottaktionen, Entlassungen aus öffentlichen und privaten Institutionen sowie Verdrängungen aus dem öffentlichen Leben waren Juden schon unmittelbar 1933 mit nationalsozialistischem Terror konfrontiert. Körperliche Gewalt, die Einpferchung in frühe Konzentrationslager der SA und SS, ja selbst Tötungsexzesse gehörten zur Verfolgungsstrategie der Nationalsozialisten. Dabei kann – mit Blick auf Ernst Fraenkels Diktum vom „Doppelstaat“-Charakter des ‚Dritten Reiches‘ – hier von Aktionen eines „Maßnahmenstaates“ gesprochen werden, der auch ungeachtet (nationalsozialistischer) Normen, Gesetze oder Verordnungen (eben eines „Normenstaates“) existierte.<sup>35</sup> In der Frühzeit des ‚Dritten Reiches‘ waren die physischen Übergriffe von SA, SS, Gestapo oder NSDAP auf Juden jedoch noch kein Massenphänomen; in dieser Zeit traf die Gewalt in Dresden vor allem jene Juden, die politisch organisiert gewesen und von daher früh als Gegner der Nationalsozialisten und Warner vor einem ‚Dritten Reich‘ ins Blickfeld der Nationalsozialisten geraten waren. Diese wurden nun als Juden und politische Gegner doppelt verfolgt. In der Regel handelte es sich bei ihnen um linke Politiker und Funktionäre, die den Nationalsozialisten als Vertreter der ‚roten jüdischen Internationale‘ galten.

Einer von ihnen, der damalige SAP-Politiker Peter Blachstein, ein späterer Bundestagsabgeordneter und deutscher Botschafter in Jugoslawien, war Ende der 1920er Jahre über den Dresdner Vorsitz der Deutsch-jüdischen Jugend-Gemeinschaft zur Politik gekommen. Als Kabarettist hatte er vor den Nationalsozialisten gewarnt und bereits im Frühjahr 1933 Flugblätter gegen die gerade stattfindende Diktaturdurchsetzung verteilt. Nach seiner Verhaftung musste er ohne Anklage und Verurteilung eineinhalb Jahre in der Untersuchungshaftanstalt I am Münchner Platz in Dresden und im SA-KZ Hohnstein zubringen. Über die dort erlebten Demütigungen und Gewaltexzesse des „Maßnahmenstaates“ berichtete er nach seiner Flucht aus Deutschland.<sup>36</sup>

Seine authentischen Schilderungen sind insofern relevant, als im KZ Hohnstein vornehmlich NS-Gegner aus dem Raum Dresden saßen. Blachsteins Angaben zufolge befanden sich unter den ca. 1000 Häftlingen (Frühjahr 1934) nur einige wenige Juden, die allesamt Intellektuelle waren – nämlich „ein Journalist, ein Zahnarzt, ein Schauspieler, ein Student, ein Maler“. Einer von ihnen hatte der linksliberalen DDP, die anderen verschiedenen Arbeiterparteien angehört. Das Verhalten der SA gegenüber diesen Juden „war zwiespältig. Sie waren überzeugt von ihrer Mission, die Juden zu vernichten. Aber sie waren bereit, mit sich reden zu lassen, die Vernichtung des einzelnen Juden aufzuschieben, wenn man ihn vorher noch ausbeuten konnte.“ So rettete sich denn der Maler vor den täglichen schweren Misshandlungen durch Zeichnungen eben jener SA-

<sup>34</sup> Parak, Michael: Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Eliten austausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952, Köln 2004, S. 216 f., 469–477.

<sup>35</sup> Vgl. Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, 2., durchges. Aufl., Hamburg 2001, S. 11. Die amerikanische Erstausgabe erschien 1940, die deutsche 1974.

<sup>36</sup> Zur Biografie von Blachstein vgl. Blachstein, Peter: „In uns lebt die Fahne der Freiheit.“ Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein, bearb. von Norbert Haase/Mike Schmeitzner (= Lebenszeugnisse – Leidenswege, Nr. 18), Dresden 2005; Heid, L. Joseph: Peter Blachstein. Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie, Hamburg 2014.



Aufseher; ein anderer – der jüdische Zahnarzt – entzog sich durch das „auf Befehl“ von ihm besorgte Reparieren von „SA-Gebissen“ der täglichen körperlichen Züchtigung.<sup>37</sup>

Diejenigen aber, die über keine derartigen Fertigkeiten verfügten, waren dem SA-Terror schutzlos ausgeliefert. Furchtbar erging es etwa dem aus der KPD ausgeschlossenen Studenten Willy Fränkel, der – dem „KP-Apparat zum Opfer gefallen“ – fast täglich und stellvertretend für die Gruppe der jüdischen Inhaftierten mit Züchtigungen rechnen musste, wie Blachstein betonte:

„Ich habe Fränkel ein Jahr lang gesehen. Ich kann mich nicht erinnern, ihn je ohne Verband oder Wunden am Kopf gesehen zu haben. In 18 Monaten in verschiedenen Hitlergefängnissen habe ich viele Qualen gesehen. Doch keinen Menschen haben sie so lange, so oft und so furchtbar geschlagen, wie Willy Fränkel. Unfasslich war und ist mir, dass er es überlebt hat, ohne wahnsinnig zu werden. [...] Er war der Jude, für alle Juden, verachtet, und gehasst. Ein immer neues Objekt ihrer Lust zum Quälen.“<sup>38</sup>

Ein anderer Jude überlebte die Quälereien von Hohnstein allerdings nicht: Emmerich Ambros, ein aus Budapest stammender Arbeiter, der 2. Betriebsratsvorsitzender des Reichsbahnausbesserungswerkes Dresden gewesen war, war von der SA lange vor Blachsteins Ankunft – nämlich am 26. September 1933 – totgeschlagen worden; seine Witwe hatte sich daraufhin mit ihren beiden Kindern das Leben genommen.<sup>39</sup>

Ein ähnliches Schicksal ereilte die weitaus bekannteren vormaligen Redakteure der sozialdemokratischen Dresdner Volkszeitung (DVZ) Dr. Max Sachs und Kurt Heilbut. Beide waren vor 1933 politisch hervorgetreten und dadurch immer wieder Anfeindungen der NS-Presse ausgesetzt gewesen. Sachs, der als Dresdner Stadtverordneter und sächsischer Landtagsabgeordneter bekannt geworden war, wurde Anfang März 1933 verhaftet, misshandelt und in das als frühes KZ bezeichnete Gefängnis auf der Dresdner Mathildenstraße<sup>40</sup> eingeliefert; seine Privatbibliothek wurde von den Nationalsozialisten verbrannt. Nach vier Monaten entlassen, musste er sich täglich bei der Polizei melden, um schließlich am 23. September 1935 – im Zuge neuerlicher öffentlicher antisemitischer Exzesse und der Nürnberger Judengesetze – ein zweites Mal verhaftet zu werden. Im KZ Sachsenburg (bei Chemnitz) eingepfercht, wurde Sachs nach vier Tagen Haft bestialisch ermordet. Wegen der „außergewöhnlichen Brutalität“ des Falls und der Resonanz im Ausland sahen sich die Chemnitzer Justiz und der vormals deutschnationale Reichsjustizminister Franz Gürtner veranlasst, gegen die beteiligten SS-Wachen juristisch vorzugehen. Die Familie von Sachs verließ nach dem gewaltsamen Tod des Ehemanns und Vaters Dresden – seine Frau zog nach Bielefeld und blieb dort weitgehend

<sup>37</sup> Peter Blachstein [Ps. Will Greif]: K-Z Hohnstein, Juden, in: Freies Deutschland, 14 (6.4.1939), zit. nach: Blachstein, Fahne der Freiheit, 2005, S. 126.

<sup>38</sup> Blachstein, Fahne der Freiheit, 2005, S. 127.

<sup>39</sup> Zum Werdegang von Ambros und zu den genauen Todesumständen vgl. Kulbe, Nadine: Emmerich Ambros (1896-1933), in: Sächsische Biographie, online unter: [http://saebi.isgv.de/biografie-druck/Emmerich\\_Ambros\\_\(1896-1933\)](http://saebi.isgv.de/biografie-druck/Emmerich_Ambros_(1896-1933)) [20.01.2015]; vgl. auch Endlich, Stefanie et al.: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2, Bonn 1999, S. 650.

<sup>40</sup> Vgl. Schmeitzner, Mike: Ausschaltung – Verfolgung – Widerstand. Die politischen Gegner des NS-Systems in Sachsen 1933–1945, in: Vollnhals, Sachsen in der NS-Zeit, 2002, S. 183–199, hier S. 187.

unbehelligt, seine im Sinne der Nürnberger Gesetze ‚halbjüdischen‘ Töchter überlebten durch Flucht in die USA.<sup>41</sup>

Die Möglichkeit einer Korrektur des „Maßnahmenstaates“ durch den „Normenstaat“ – wenn auch erst im Zuge einer besonders grausamen Ermordung – war dagegen im Falle Heilbut nicht mehr gegeben, erstreckte sich doch dessen Leidensweg bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges, in dem der „Maßnahmenstaat“ vollständig die Oberhand gewonnen hatte. Heilbut stammte ursprünglich aus der freideutschen Jugend und war noch 1914 als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg gezogen, in dem er mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse (dem ‚EK 1‘) ausgezeichnet wurde. Dessen ungeachtet wurde er lange vor 1933 von der nationalsozialistischen Tageszeitung *Der Freiheitskampf* als „Bonze“, „Tintenkuli“ und „Jude“ verhöhnt; zudem veröffentlichte das Blatt seine Privatadresse, um offensichtlich den eigenen braunen Schlägern den Weg zur Wohnung zu weisen.<sup>42</sup> Anfang März 1933 wurde Heilbut, der bis dahin am Dresdner Sitz der DVZ deren Lokalausgabe (*Freitaler Volkszeitung*) redigiert hatte, tatsächlich in der Freitaler Wohnung von einem SA-Trupp heimgesucht. Bei dem Feuerüberfall wurde seine ‚arische‘ Ehefrau verletzt, er selbst wurde mehrere Monate in Dresdner Gefängnissen festgehalten und misshandelt.<sup>43</sup>

Nach dem erzwungenen Umzug der Familie nach Dresden 1933/34 gelang es ihm und seiner Frau nur unter schwierigsten Umständen, den Lebensunterhalt der Familie mit kleinen Gewerbeunternehmen zu sichern. Nach Heilbuts erneuten Inhaftierungen in den Jahren 1935<sup>44</sup> und 1938 wurde das Geschäft geschlossen und er selbst zur Zwangsarbeit herangezogen. Am 10. Februar 1943 zum vierten Mal verhaftet, ermordeten ihn die Nationalsozialisten wenige Wochen später im Vernichtungslager Auschwitz. Sein älterer Sohn Peter überlebte das KZ Sachsenhausen und einen der berüchtigten ‚Todesmärsche‘ im Frühjahr 1945, sein jüngerer Sohn Hellfried hatte bereits im Juni 1939 mit einem Kindertransport nach Großbritannien fliehen können, Tochter Liesel überlebte dagegen mit der Mutter versteckt und ausgebombt in Dresden. Charakteristisch für das Schicksal der drei Kinder war der Umstand, dass sie von der jüdischen Herkunft ihres Vaters erst nach 1933 – im Zuge täglicher Pöbeleien in der Schule – erfuhren. Die NS-Diktatur hatte sie, die sich wie selbstverständlich als konfessionslose bzw. christliche Deutsche betrachteten, regelrecht zu „Juden gemacht“ – so die Wahrnehmung des jüngeren Sohnes Hellfried.<sup>45</sup>

<sup>41</sup> Steinberg, Swen: Max Sachs (1883–1935), in: Sächsische Biographie, online unter: [http://saebi.isgv.de/biografie-druck/Max\\_Sachs\\_\(1883-1935\)](http://saebi.isgv.de/biografie-druck/Max_Sachs_(1883-1935)) [15.12.2014].

<sup>42</sup> Warum so schüchtern, Herr Heilbut?, in: *Der Freiheitskampf*, 193 (20.08.1931), S. 3.

<sup>43</sup> Vgl. Lebenslauf Kurt Heilbut, verfasst von seiner Frau Clara Heilbut am 30.06.1951 (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München [im Folgenden: IfZ-Archiv], ED 106/67-196); Brief Hans L. Reinekes an Walter Hammer vom 05.05.1951 (IfZ-Archiv, ED 106/67-190); Grossert, Elvira: Peter Heilbut. Eine biografische Skizze, in: Heilbut, Peter: Meilensteine. Gestapohaft in Dresden, KZ Sachsenhausen, Todesmarsch (1943–1945), Berlin 2012, S. 185–200, hier S. 186; Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V./Arbeitskreis Gedenkbuch, Buch der Erinnerung, 2006, S. 142 f. (Familie Heilbut); Schmeitzner, Mike/Steinberg, Swen: Kulturpolitik und Gewalterfahrung. Der Sozialdemokrat und Journalist Kurt Heilbut in Freital, in: *Dresdner Hefte* 34 (2016), 125, S. 36–44.

<sup>44</sup> Eine mehrwöchige Verhaftung im Juli 1935 war bislang unbekannt geblieben; die Gestapo hatte Heilbut „wegen des Verdacht[s] der illegalen Tätigkeit“ in „Schutzhaft“ genommen (Reichsicherheitshauptamt, Abteilung IV, an Deutsche Arbeitsfront, Abwicklungsstelle, vom 16.09.1935, Bundesarchiv Berlin [im Folgenden: BA], R 58, 3381, Bl. 162 f.).

<sup>45</sup> Heilbut, Hellfried: Dresden – England – Bergisch-Gladbach, in: Jürgens, Franz J.: „Wir waren ja eigentlich Deutsche“. Juden berichten von Emigration und Rückkehr, Berlin 1997, S. 138–150, hier S. 146. Tatsächlich verstand sich Hellfried Heilbut später selbst als Jude, litt aber darunter, dass er als ‚Halbjude‘ und Sohn einer ‚arischen‘ Mutter von Juden nicht als Jude akzeptiert wurde.

**Exklusion aus der Gesellschaft: ‚Rassentrennung‘, ‚Enteignung‘, ‚Arisierung‘**

Was Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst und individueller Terror nicht zu bewerkstelligen vermochten, sollte im weiteren Verlauf auf staatsrechtlichem Weg und im Bereich der Wirtschaft zur Realisierung kommen: die möglichst vollständige Exklusion der als Juden deklarierten deutschen Staatsbürger aus der ‚arischen‘ Volksgemeinschaft.<sup>46</sup> Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1935 setzten Hitler und die NS-Führung zwei Gesetze durch, mit denen sie dem langen und keineswegs widerspruchsfreien Weg der Emanzipation und Gleichberechtigung der deutschen Juden endgültig ein Ende setzten. Durch das neue Reichsbürgergesetz wurden zwei Klassen von Staatsangehörigen geschaffen – Reichsbürger mit vollen politischen Rechten und gewöhnliche Staatsangehörige ohne solche Rechte. Reichsbürger konnten nur noch Personen sein, die „deutschen oder artverwandten Blutes“ waren; deutschen Juden, die erstmals umfassend als solche definiert wurden,<sup>47</sup> wurden somit ihre staatsbürgerlichen Rechte (wie etwa das der politischen Mitbestimmung) entzogen. Mit diesem Gesetz und dem Blutschutzgesetz, das Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen ‚Ariern‘ und Juden verbot und unter Strafe stellte, wurde ein Zustand angestrebt, den Franz L. Neumann in seiner berühmten Exil-Studie „Behemoth“ als die „Vertreibung der Juden aus dem deutschen Gemeinwesen“ und als „systematische Schaffung eines rechtlichen Ghettos“ bezeichnete.<sup>48</sup>

Der ‚Ansteckungsantisemitismus‘, der mit seiner Forderung nach reinlicher körperlicher Scheidung partiell schon im 19. Jahrhundert existierte, erlangte mit dem Blutschutzgesetz eine allgegenwärtige moralische und rechtliche Relevanz.<sup>49</sup> Die Realisierung eben dieses ‚Blutschutzes‘ in Form von schändlichen ‚Rassenschande‘-Verfahren ist im Übrigen ein Paradebeispiel für das Funktionieren des von Ernst Fraenkel definierten nationalsozialistischen „Doppelstaates“; es ist aber auch ein Paradebeispiel für die aktive Mitwirkung (sprich: Denunziationsbereitschaft) eines Teils der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung. Wie diese Mechanismen in Dresden zu greifen begannen, belegen Dutzende von Verfahren wegen ‚Rassenschande‘ vor dem hiesigen Landgericht. Nicht wenige dieser Prozesse illustrieren in erschreckender Weise das Zusammenspiel von Staatspartei, Gestapo, Justiz und die Haltung von vermeintlich ehrbaren Dresdner Bürgern ebenso wie die bereits erfolgte Umkehrung von überlieferten Rechts- und Moralvorstellungen.

<sup>46</sup> Zum Begriff und zur inhaltlichen Deutung der ‚Volksgemeinschaft‘ vgl. Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): „Volksgemeinschaft“. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?, Paderborn 2012.

<sup>47</sup> Nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 galt derjenige als Jude, der „von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt“, ferner der von „zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling“, der Mitglied der jüdischen Religionsgemeinde oder mit einem Juden verheiratet ist. Als „jüdischer Mischling“ wurde dort wiederum definiert, „wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt“. Als „volljüdisch“ galt ein Großelternanteil, wenn er der jüdischen Religion angehört hat. Letztlich gründeten somit alle rassistischen Scheindefinitionen auf der Religionszugehörigkeit.

<sup>48</sup> Neumann, Franz L.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt am Main 1977, S. 151 f. Die amerikanische Erstausgabe erfolgte 1942, die zweite 1944.

<sup>49</sup> Vgl. Gross, Raphael: Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt am Main 2012, S. 44.

So wurde beispielsweise der deutsche Staatsbürger und ‚Arier‘ Erich Hampel ab 1936 immer wieder deswegen denunziert, weil er mit der Tochter einer in Dresden wohnenden jüdischen Familie ein Verhältnis unterhielt. Nach einer ersten anonymen Anzeige gegen die betreffende Sophie Teufel brachte der Zellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe „Landgraben“ eine Anzeige auf den Weg, in der er sich „empört“ darüber zeigte, dass sich Hampel gleich nach einer ersten Vernehmung wieder mit der Betreffenden zeige – dies sei doch eine „sichtbare Verhöhnung der Gesetze unseres Führers“. Ein weiterer Denunziant, ein Gärtnergehilfe, fühlte sich als Nationalsozialist „durch das Verhalten des Hampels herausgefordert“. Eine Markthelfersfrau wiederum betonte, sie hätte die Anzeige nicht etwa „aus Gehässigkeit oder Rache erstattet“, sondern deswegen, damit die „Polizei von diesem Treiben endlich Kenntnis erhält“. Es bedurfte mehrerer solcher Denunziationen sowie des Einsatzes von Ortsgruppenleitern der Partei und „scharfer“ Beobachtungen durch die Gestapo, damit der Betreffende im Mai 1940 von Richtern des Dresdner Landgerichtes wegen ‚Rassenschande‘ zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde. Die jüdische Freundin, die wie ihre Schwestern in den Augen der Gestapo Dresden als „große Gefahr für die deutschblütigen Volksgenossen“ galt, wurde 1942 gemeinsam mit ihrer Familie ins Dresdner ‚Judenlager‘ Hellerberg deportiert und 1943 – nach einer weiteren Deportation – im Lager Auschwitz ermordet.<sup>50</sup>

In einem weiteren Fall agierten „Normenstaat“ und „Maßnahmenstaat“ sogar europaweit, um Eheleuten habhaft zu werden, denen ‚Rassenschande‘ vorgeworfen wurde. Gemeint ist der Fall des jüdischen Deutschen Herbert Berger und der evangelischen Deutschen Dora Kretzschmar, die in Chemnitz wohnten. Unmittelbar nach Verabschiedung des „Blutschutzgesetzes“ wurden beide in ‚Schutzhaft‘ genommen; nachdem Berger Ende 1938 ein zweites Mal verhaftet und ins KZ Buchenwald verschleppt worden war, flüchtete das Paar Monate später nach Brüssel, wo sie im November 1939 heirateten. Im Zuge des deutschen Vormarsches 1940 kam Berger in ein südfranzösisches Internierungslager, in das ihm seine Frau mit der neugeborenen Tochter auf abenteuerlichen Wegen folgte. Ohne Frau und Tochter wurde Berger später in ein Sammellager verlegt und 1943 im KZ Majdanek ermordet. Im selben Jahr kam Dora Berger mit ihrer Tochter „durch Aufforderung“ aus einem Durchgangslager nach Deutschland zurück. Nachdem ihre Ehe bereits 1942 vom Landgericht Chemnitz für „nichtig erklärt“ worden war, wurde sie im Oktober 1943 vom Landgericht Dresden wegen ‚Rassenschande‘ zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Ihre Überführung ins Frauen-KZ Ravensbrück scheiterte im Februar 1945 nur durch einen Bombenangriff auf Magdeburg, wo sie zwischenzeitlich einsaß; die Deportation ihrer Tochter, die zwischenzeitlich bei der Großmutter in Freiberg lebte, verhinderte wiederum der Luftangriff auf Dresden.<sup>51</sup>

<sup>50</sup> Akte Erich Hampel (Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden, 10789 Polizeipräsidium Dresden, Nr. 175).

<sup>51</sup> Anklageschrift (Abschrift) gegen Dora Kretzschmar vom 14.09.1943 und Bericht des Kreisvorstandes Freiberg der SED, Personal-Politische Abteilung, vom 19.10.1950 (Sächsisches Staatsarchiv – Staatsarchiv Chemnitz, 30413 Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, VdN 3696). Vgl. auch Pieken/Rogg, Schuhe von Toten, 2014, S. 200–2007.

Während dieser letzte Fall ein gutes Beispiel dafür ist, dass der „Normenstaat“ die ‚artvergessenen‘ ‚arischen‘ Ehefrauen verfolgte,<sup>52</sup> wenn es denn nach dem Jahr 1935 überhaupt zu ‚illegalen‘ Neuverheiratungen kam, wurden generell – wie der erste Fall zeigt – bei unverheirateten Paaren die Männer wegen ‚Rassenschande‘ juristisch verfolgt, was für das patriarchalische Verständnis des ‚Dritten Reiches‘ kennzeichnend war. Mit der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 erklärte sich schließlich der „Normenstaat“ hinsichtlich der Juden für nicht mehr zuständig – sie verfielen jetzt ausschließlich dem „Maßnahmenstaat“, der sie aber auch schon vorher mit drakonischen Maßnahmen (wie einer Inhaftierung im KZ) verfolgen und später – im Gefolge des Holocausts – in Osteuropa ermorden ließ. Den grundsätzlichen Wandel im Verhältnis von „Normen- und Maßnahmenstaat“ mit Blick auf die Juden hatte Ernst Fraenkel bereits für einen Zeitpunkt mehrere Jahre vorher konstatiert – nämlich für die Zeit der „Ausmerzungen der Juden aus dem Wirtschaftsleben“, das heißt die Periode im Vorfeld des Pogroms von 1938. Bis dahin habe es für jüdische Gewerbetreibende ein „Minimum von Rechtssicherheit“ gegeben, was allerdings vom „radikalen Flügel der Partei auf das schärfste bekämpft“ wurde.<sup>53</sup>

Gerade in Dresden und Sachsen zeigte sich, dass dieser radikale Flügel den Prozess der als ‚Arisierung‘ äußerst euphemistisch umschriebenen Enteignung jüdischer Unternehmen und Banken schon ab 1933 schleichend betrieben hatte. Der aus ideologischem Eifer, Sozialneid und materiellen Interessen gespeiste Prozess kulminierte jedoch auch hier erst 1938/39. Nutznießer waren vor allem ‚arische‘ Unternehmer und Bankiers, aber auch führende Mitglieder der Gauleitung der NSDAP.<sup>54</sup> Jüdische Geschäftsinhaber wurden „mit haltlosen Anschuldigungen“ wie „Steuerschulden“, „Devisenschmuggel“ oder eben „Rassenschande“ so lange „unter Druck gesetzt oder gar in Schutzhaft“ genommen, bis sie ihre Unternehmen verkauften beziehungsweise ihre Aufsichtsratsmandate niederlegten. Diese Praxis traf in Dresden vor allem die Inhaber von Zigarettenunternehmen (wie die Firmen Lande und Yramos), von Brau- und Malzunternehmen (wie die Feldschlößchen- und Waldschlößchenbrauerei) sowie von Kaufhäusern (wie Tietz und Messow & Waldschmidt). Als Profiteure traten ‚arische‘ Unternehmen wie die Firma Reemtsma, der NS-Funktionär Karl Geissinger oder Mutschmann selbst in Erscheinung.<sup>55</sup> Der Dresdner Industrie- und Handelskammer (IHK) unter ihrem Geschäftsführer Georg Bellmann blieb es vorbehalten, den Enteignungsprozess im Einzelhandel zu forcieren. Waren innerhalb von drei Jahren – von 1935 bis April 1938 – 60 Einzelhandelsgeschäfte ‚arisiert‘ worden, wurden allein zwischen April 1938 und Februar 1939 150 jüdische Gewerbeexistenzen vernichtet.<sup>56</sup>

<sup>52</sup> Przyrembel, Alexandra: „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 190), Göttingen 2003, S. 273.

<sup>53</sup> Fraenkel, Doppelstaat, 2001, S. 142.

<sup>54</sup> Vgl. Schmeitzner, Fall Mutschmann, 2011, S. 103.

<sup>55</sup> Starke, Holger: Rüstungskonjunktur und Kriegswirtschaft, in: Starke, Holger (Hg.): Geschichte der Stadt der Dresden, Bd. 3, Stuttgart 2006, S. 432–440, hier 433 f.; Schmeitzner, Fall Mutschmann, 2011, S. 103.

<sup>56</sup> Vgl. Markwardt, Hagen: Georg Bellmann. Hauptgeschäftsführer der IHK Dresden, in: Pieper Christine/ Schmeitzner, Mike/Naser, Gerhard (Hg.): Braune Karrieren. Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus, Dresden 2012, S. 187–192, hier S. 189.

Von der ‚Arisierung‘ besonders betroffen war unterdessen der Dresdner Bankensektor. Welchen Druck die sächsische Gauleitung hier auszuüben gewillt war, sollten selbst das Reichswirtschaftsministerium in Berlin und die Zentrale der Dresdner Bank schnell zu spüren bekommen: Infolge Mutschmanns permanentem Drängen musste im Mai 1934 der langjährige Direktor der Dresdner Filiale der Dresdner Bank, Victor von Klemperer, wegen seiner jüdischen Herkunft die Bank verlassen und aus „allen Aufsichtsräten ausscheiden“.<sup>57</sup> Im Fokus der ‚braunen Machthaber‘ in der Gauhauptstadt standen jedoch die sechs Privatbanken, die von jüdischen Eigentümern bereits vor 1872 gegründet worden waren.<sup>58</sup> In welchem Maße sich die deutschen Großbanken an ihrer ‚Arisierung‘ beteiligten – trotz der anfänglich selbst erlebten nationalsozialistischen Bedrängung wie im Fall von Klemperer –, zeigt das Schicksal der drei bekannteren jüdischen Privatbanken: So fiel die Privatbank Gebr. Arnhold an die Dresdner Bank, während Bondi & Maron an die Deutsche Bank und S. Mattersdorff an die Allgemeine Deutsche Creditanstalt gingen.<sup>59</sup> Besonders im Fall der Privatbank Gebr. Arnhold ist inzwischen gut dokumentiert, mit welchen brachialen Methoden sich Mutschmann selbst engagierte, um eine der „größten Privatbanken des Deutschen Reiches“ zu „entjuden“. Anders als sein Konkurrent von Killinger versuchte Mutschmann von Anfang an, die Arnholds vornehmlich mit Wirtschaftsstrafverfahren in die Knie zu zwingen, auch wenn er dabei nicht sofort Erfolg hatte.<sup>60</sup>

Wegen Mutschmanns ideologischem Eifer galt das großzügige Mäzenatentum der Familie Arnhold und ihr sozialpolitisches Engagement für die Stadt von einem auf den anderen Tag nichts mehr: nicht die Stipendienstiftungen in Wissenschaft und Kunst, nicht die Unterstützungen für die Kinderheilanstalt, die Taubstummengesellschaft und die Jugendhilfe und auch nicht das 1926 gestiftete Freibad gleichen Namens, das jetzt von den neuen ‚Machthabern‘ einfach umbenannt wurde.<sup>61</sup> Den aufreibenden und demütigenden Prozessen erlag Heinrich Arnhold, der Seniorchef des Bankhauses, 1935 im Alter von nur 50 Jahren; sein jüngerer Bruder Kurt wurde zwei Jahre später, und zwar während der erzwungenen Verkaufsverhandlungen, vorübergehend verhaftet. Unrühmlicher Großprofiteur des erzwungenen Bankverkaufs war die schon genannte Dresdner Bank, die sowohl den Dresdner Stammsitz als auch die Berliner Niederlassung übernahm – selbstverständlich ohne die bisher dort arbeitenden Angestellten jüdischer Herkunft. Den überlebenden Mitgliedern des Bankhauses Arnhold blieb nur die Flucht ins Exil.<sup>62</sup>

<sup>57</sup> Lässig, Simone: Nationalsozialistische „Judenpolitik“ und jüdische Selbstbehauptung vor dem Novemberpogrom. Das Beispiel der Dresdner Bankiersfamilie Arnhold, in: Pommerin, Dresden unterm Hakenkreuz, 1998, S. 146. Zum frühen ‚Arisierungsprozess‘ in der Dresdner Bank selbst vgl. Ziegler, Dieter: Die Dresdner Bank und die deutschen Juden, München 2006, S. 11–118; Henke, Klaus-Dietmar: Die Dresdner Bank 1933–1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft, München 2006, S. 49–51.

<sup>58</sup> Vgl. Piefel, Antisemitismus, 2004, S. 20; Diamant, Chronik, 1973, S. 245.

<sup>59</sup> Vgl. Starke, Rüstungskonjunktur, 2006, S. 433. Zur Einflussnahme des Staates und der Gauleitung auf die genannten ‚Arisierungen‘ vgl. ausführlich Lässig, Nationalsozialistische „Judenpolitik“, 1998, S. 173 f.

<sup>60</sup> Vgl. Lässig, Nationalsozialistische „Judenpolitik“, 1998, S. 155–170; Kopper, Christopher: Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2010, S. 275 f.

<sup>61</sup> Vgl. Lässig, Simone: Familie Arnhold, in: Jüdische Gemeinde Dresden, Einst & jetzt, 2001, S. 142–144, hier S. 142.

<sup>62</sup> Vgl. Lässig, Nationalsozialistische „Judenpolitik“, 1998, S. 130, 165 f., 180, 186 f.

## Erzwungener Rückzug auf das Eigene: Die Jüdische Gemeinde zu Dresden

Für die Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden hatten der „Schock der Boykottaktion“ und die ersten antisemitischen Gesetze ein „näheres Zusammenrücken“ zur Folge.<sup>63</sup> In den Mittelpunkt jüdischer Selbstbehauptung und Selbsthilfe nach 1933 rückten vor allem der Rabbiner der Semper-Synagoge Dr. Albert Wolf, der Gemeindevorstand mit Max Lesser und Dr. John Lewy an der Spitze sowie eine Vielzahl von Organisationen, die von Jugend- und Sportvereinen bis zur Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RJF) reichte. Die Zusammenarbeit von liberalen und orthodoxen Gruppen und Vereinen in Dresden gestaltete sich weniger konfliktbehaftet, darüber hinaus profitierten von der Zäsur des Jahres 1933 vornehmlich die zionistischen Vereine, wie zuletzt Clemens Vollnhals betont hat: „Von der politischen Entwicklung fühlten sich die Zionisten bestärkt, die sich seit langem für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina einsetzten und in der NS-Judenpolitik eine Bestätigung ihres Programms erblickten.“ Wegen des NS-Interesses an einer jüdischen Auswanderung wurden Organisationen der Zionisten gefördert, während die der liberalen deutschen Juden Behinderungen erdulden mussten.<sup>64</sup>

Im öffentlichen Raum der Dresdner jüdischen Gemeinde bewegte eben diese Problematik eines ‚Gehens oder Bleibens‘ aber auch die liberalen deutschen Juden schon sehr früh. Anfang 1934 erklärte etwa die für die ‚Palästinafrage‘ zuständige Eva Reichmann vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)<sup>65</sup> vor der Dresdner Frauenarbeitsgemeinschaft des CV: „Wir Juden müssen uns darüber klar sein, dass die Zeit der Emanzipation vorüber ist und nicht wiederkommt und uns danach einstellen.“ Durch die „Erschütterungen“ der letzten Zeit seien bereits viele zum Zionismus übergegangen. Dennoch wollte sie einer Fortsetzung der „deutsch-jüdischen Tradition“ keine generelle Absage erteilen; nur sei dieser Weg schwierig und ein „Weg des Kampfes“.<sup>66</sup> Demgegenüber gab sich die Ortsgruppe des RJF illusionsbeladener: Vor mehreren Hundert Gemeindegliedern beschwor fast zum selben Zeitpunkt ein Redner das „Kameradschaftsgefühl“ der „jüdischen Deutschen“, die doch als „vollberechtigte Glieder der Volksgemeinschaft“ anerkannt werden müssten. Zwar räumte er ein, dass erst eine „spätere Generation [...] auch unter langen Opfern“ zur Gleichberechtigung käme, doch müsse trotz allem jetzt ein „Bekanntnis zu Deutschland“ abgelegt werden.<sup>67</sup>

Solche Wortmeldungen spiegelten die Einstellungen vieler Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges wider, die die so empfundene ‚deutsch-jüdische Symbiose‘ aufgrund ihres Kriegseinsatzes als mit ‚Blut besiegelt‘ betrachteten. Für die zeitweilige Anziehungskraft des RJF dürfte indes der – bis 1935 bzw. 1938 geltende – Frontkämpferpassus in den ‚Arierparagrafen‘ (wie im BBG) von entscheidender Bedeutung gewesen sein, sicherte er doch wenigstens einem Teil der betroffenen Beamten oder Rechtsanwälte die berufliche

<sup>63</sup> Vollnhals, Jüdisches Leben, 2006, S. 98.

<sup>64</sup> Vollnhals, Jüdisches Leben, 2006, S. 98.

<sup>65</sup> Barkai, Avraham: „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002, S. 165.

<sup>66</sup> Vereinsnachrichten. Frauenarbeitsgemeinschaft des CV, in: Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden [im Folgenden: GBl] (1934), 3, S. 9.

<sup>67</sup> Vereinsnachrichten. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, in: GBl (1934), 4, S. 7.

Existenz.<sup>68</sup> Zwar erschütterten spätere antisemitische Ausschreitungen in Dresden solche – von tiefer Tragik überschattete – Einstellungen, doch konnten sich viele der davon Betroffenen zu Flucht oder Auswanderung nicht (mehr) entschließen. Der Vorsitzende des RJF in Dresden und Sachsen, der Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wienskowitz, äußerte noch 1938, wer an die „mörderischen“ Umstände des zurückliegenden Weltkrieges denke, könne „nicht mutlos werden“.<sup>69</sup> Der hochdekorierte Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges engagierte sich nach 1933 für ein Hierbleiben und ein Bewahren der ‚deutsch-jüdischen Symbiose‘, so als Vorsitzender des neu gegründeten Sportvereins Schild und des Mendelsohn-Vereins, zudem im Steuerberufungsausschuss der Gemeinde. 1943 wurden er und seine gesamte Familie im Vernichtungslager Auschwitz ermordet.<sup>70</sup>

Viele der in Dresden beheimateten Juden verließen angesichts des von den NS-„Machthabern“ zerstörten deutsch-jüdischen Lebens jedoch bis Ende der 1930er Jahre die Stadt. Bereits Anfang 1937 hatte der nun allein amtierende Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Max Lesser,<sup>71</sup> dem 1939 die Flucht gelang, die „heute noch in Deutschland lebenden Juden in drei Gruppen“ eingeteilt. Nämlich in „diejenigen, die nach Palästina auswandern wollen, diejenigen, die in andere Länder wandern werden, und diejenigen, die beabsichtigen, in Deutschland zu bleiben, wobei die letztere Gruppe zumeist aus älteren Leuten besteht, für welche eine Auswanderung und die damit verbundene Gründung einer Existenz nicht mehr in Frage kommt“.<sup>72</sup> Bis 1938 hatten über 1.500 Juden der Stadt den Rücken gekehrt,<sup>73</sup> Anfang 1939 sollen „noch 1.536 Rassejuden“ in der Stadt gelebt haben, wie es im Nazi-Jargon der Dresdner Presse hieß.<sup>74</sup> Der in Lessers Artikel beschworene Erwerb von Fähigkeiten – die für eine Auswanderung nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten wie die Erlernung neuer Sprachen oder einer handwerklichen Ausbildung (im Falle Palästinas)<sup>75</sup> – war in der Dresdner Gemeinde bereits gut vorangekommen: Schon im Januar 1934 hatte das Gemeindeblatt über die Einrichtung von Werk- und Siedlungskursen für zunächst 20 junge Leute (15 junge Männer und fünf junge Frauen) im Mindestalter von 14 und im Höchstalter von 25 Jahren berichtet. Die in einem Teil des jüdischen Ferienheimes in Oberrochwitz stattfindenden Kurse sollten Kenntnisse und Fertigkeiten für „Siedlungszwecke“ wie auch für praktische Berufe vermitteln.<sup>76</sup> In den nächsten Jahren kamen vor allem die Kurse für Gärtner und

<sup>68</sup> Vgl. dazu etwa den Bericht über die Generalversammlung des RJF Anfang 1934 unter dem Titel Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten e. V. Ortsgruppe Dresden, in: GBl (1934), 1, S. 11, in dem von einer Verdoppelung der Mitgliederzahl dieser Ortsgruppe bis Anfang 1934 die Rede ist. Auch der vormalige Frontkämpfer Ernst Fraenkel, der Verfasser des „Doppelstaates“, war – ungeachtet aller Schikanen – bis 1938 als Berliner Rechtsanwalt zugelassen.

<sup>69</sup> Gefallenen-Ehrung, in: GBl, 7 (01.04.1938), S. 4. Noch im März 1936 hatte Wienskowitz als RJF-Vorsitzender eine beeindruckende „Gefallenen-Gedächtnisfeier“ samt Übergabe einer Ehrentafel organisiert (vgl. Gefallenen-Gedächtnisfeier 1936, in: GBl, 7 (01.04.1936), S. 3).

<sup>70</sup> Vgl. Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V./Arbeitskreis Gedenkbuch, Buch der Erinnerung, 2006, S. 384 f. (Friedrich Wienskowitz).

<sup>71</sup> Sein früherer Ko-Vorsitzender Dr. John Lewy hatte bereits zuvor die Stadt verlassen.

<sup>72</sup> Lesser, Max: Zur kulturellen Situation, in: GBl, 4 (10.02.1937), S. 4.

<sup>73</sup> Vgl. Liebsch, Verfolgung, 1997, S. 91.

<sup>74</sup> Noch 1539 Rassejuden in Dresden, in: Der Freiheitskampf, 8 (08.01.1939), S. 7. Vgl. auch Goldenbogen, Nora: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Dresden seit 1938 – Ein Überblick. In: Dresdner Hefte 14 (1996), 45, S. 76–84, hier S. 81.

<sup>75</sup> Vgl. Lesser: Zur kulturellen Situation, 1937.

<sup>76</sup> Kurse in Oberrochwitz, in: GBl (1934), 1, S. 7.



Schlosser in Gang; 1936 bauten Jugendliche im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung gar ein Gewächshaus auf dem Neuen Israelitischen Friedhof Dresden.<sup>77</sup>

Lessers Credo, „keine [kulturelle] Wüste in uns erstehen“ zu lassen,<sup>78</sup> war ebenfalls schon früh auf fruchtbaren Boden gefallen, auch wenn Lesser selbst noch nicht alle Möglichkeiten als erschöpft betrachtete. Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum, aus Schulen und Kultureinrichtungen hatte die Gemeinde bereits früh vor die Aufgabe gestellt, ein eigenes schulisch-kulturelles Leben zu entwickeln. Auf eine unter anderem von Rabbiner und Gemeindevorstand getragene Initiative hin konnte im März 1935 eine jüdische Volksschule den Betrieb aufnehmen, die all jenen jungen Menschen eine Perspektive bot, die von staatlichen Schulen ausgegrenzt oder relegiert worden waren. Dank der großzügigen Unterstützung der Familie Arnhold erhielt auch der jüdische Kinderhort im Oktober 1936 ein eigenes Heim. Die „hochherzige Stiftung“ von Lisa Arnhold war im „Gedächtnis für ihren vor einem Jahr [...] verstorbenen Gatten, Dr. Heinrich Arnhold“, zustande gekommen, der sich in seinem letzten Lebensjahr auch als Gemeindevorordneter engagiert hatte. Der „neue Heinrich-Arnhold-Bau“ lag „herrlich und friedlich“ hinter dem der Gemeinde gehörenden Grundstück Zeughausstraße 1, welches „mit der Synagoge verbunden ist“.<sup>79</sup> Seit 1936 amtierte Lisa Arnhold als Vorsitzende des jüdischen Kinderhortes.<sup>80</sup>

Tauchte trotz dieser Anstrengungen immer wieder die Frage „Was wird aus unseren Kindern?“ auf,<sup>81</sup> war die Suche nach einer angemessenen schulischen Weiterbildung und einer Studienmöglichkeit von weit größerer Relevanz. Die Verdrängung und der Ausschluss jüdischer Schüler und Studenten von weiterführenden Schulen bzw. Hochschulen und Universitäten konnten mit der Schaffung eines jüdischen „Lehrhauses“ bzw. eines „Jugend-Lehrhauses“ oder eines jüdischen „Kulturbundes“ nur höchst ungenügend ausgeglichen werden. Auch war zu erwarten, dass nicht alle Schulabgänger die handwerklichen Kurse in Oberrochwitz besuchen würden. Von daher erschien die im Gemeindeblatt veröffentlichte Werbung für ein Studium an der Städtischen Technischen Lehranstalt im tschechoslowakischen Bodenbach recht zielführend, lag die Stadt doch nur 50 Kilometer elbaufwärts gleich hinter der Grenze. Referenzen, so hieß es dort, erteile die jüdische Kultusgemeinde Bodenbach. Die Unterrichtssprache sei deutsch, doch könne vor Ort auch am hebräischen Unterricht teilgenommen werden.<sup>82</sup> Ob von dieser Möglichkeit hinreichend Gebrauch gemacht werden konnte, ist jedoch mehr als fraglich.

Wie prekär selbst diese Notbehelfe waren, demonstrierte die „zweite Welle der Gewalt zwischen Januar und August 1935“, die sich in verschiedenen Städten des Reiches – wie in Berlin und Dresden – gegen Juden und jüdische Geschäfte entlud.<sup>83</sup> Auslöser war auch hier der radikale Flügel der Partei, dem das bisherige antisemitische Vorgehen der zentralen Führung noch zu lasch erschien. In Dresden leitete am 1. Juli 1935 eine von der

<sup>77</sup> Vgl. Suttner, Irina: Juden in Sachsen während der Herrschaftszeit des Nationalsozialismus, in: Ulbricht/Glückner, Juden in Sachsen, 2013, S. 152–175, hier S. 170.

<sup>78</sup> Lesser, Zur kulturellen Situation, 1937.

<sup>79</sup> Einweihung des Heinrich-Arnhold-Baues, in: GBl, 20 (01.11.1936), S. 1 f.

<sup>80</sup> Israelitischer Kinderhort, in: GBl, 22 (01.12.1936), S. 7.

<sup>81</sup> Was wird aus unseren Kindern?, in: GBl, 6 (15.03.1936), S. 3.

<sup>82</sup> Annonce der Städtischen Technischen Lehranstalt Bodenbach, in: GBl (1934), 9a, S. 3.

<sup>83</sup> Gross, Raphael: November 1938. Die Katastrophe vor der der Katastrophe, München 2013, S. 34.

Gauleitung um Mutschmann bestellte Rede des stellvertretenden fränkischen Gauleiters Karl Holz im Zirkus Sarrasani eine „neue und eine der wüstesten und geschmacklosesten Hetzkampagnen gegen die Juden“ ein.<sup>84</sup> Wochenlang wiegelte Der Freiheitskampf seine Anhänger zu einem schärferen Vorgehen gegen Juden im Allgemeinen, aber ebenso gegen einzelne von ihnen und gegen jüdische Geschäfte auf. Dabei mussten zumindest Teile der NS-Basis gar nicht lange gebeten werden, mit Schildern, Parolen und Übergriffen auf Geschäfte (etwa in der Prager Straße) selbst aktiv zu werden.<sup>85</sup> Weite Kreise der Bevölkerung reagierten auf die „neue Judenhetze“ nur mehr „mit Gleichgültigkeit“, wie Augenzeugenberichte aus Dresden belegen.<sup>86</sup> Im Zuge dieser Aktion wurde zudem auch in Dresden ein Bäderverbot für Juden erlassen, was konkret bedeutete, dass nicht einmal mehr das von den Arnholds gestiftete Bad im Zentrum der Stadt besucht werden konnte.<sup>87</sup>

Welchen Eindruck die neuen Verfolgungen und Entrechtungen bei den Betroffenen hinterließen, zeigt ein Eintrag in Klemperers Tagebuch. Die Judenhetze – so heißt es hier – sei „schlimmer als beim ersten Boykott“ gewesen; aufgrund der „Pogromanfänge“ rechne man damit, „hier nächstens totgeschlagen zu werden“.<sup>88</sup> Für Dresden und das Reich hatten die Aktionen zwei entscheidende Konsequenzen: Bei der Dresdner Kreisleitung der NSDAP wurde im August 1935 eine „Judenabwehrstelle“ als Koordinierungsorgan geschaffen<sup>89</sup> und im September 1935 folgten die bereits genannten Nürnberger Gesetze gegen die Juden im Reich.

### **Verschärfter Auswanderungsdruck: Propagandakampagnen und Massengewalt**

Nach den Olympischen Spielen in Deutschland (1936), der prekären wirtschaftlichen Konsolidierung sowie dem Übergang zur offenen Expansionspolitik zogen die ‚braunen Machthaber‘ die Zügel weiter an.<sup>90</sup> Und wieder war es die „Selbstermächtigung“ (Michael Wildt) aus der Provinz, die den verschärften antisemitischen Maßnahmen und Verordnungen des Jahres 1938 samt der „Katastrophe vor der Katastrophe“ (Raphael Gross) vorausging. Im Oktober 1937 startete die sächsische Gauleitung der NSDAP die Kampagne „Ein Volk bricht Ketten“, die innerhalb von zwei Wochen 1.250 Versammlungen vorsah.<sup>91</sup> Allein im Kreis Dresden, wo die Kampagne Ende Oktober ihren „Höhepunkt“ fand, sollen auf 80 Versammlungen über 100.000 Einwohner erfasst worden sein. Dabei verfolgte die Führung um Mutschmann mit der Propagierung bisheriger (vermeintlicher) Erfolge und der „Judenfrage“ ein einziges Ziel – „das internationale Judentum“ als „Wurzel“ allen „Übels“ vor 1933 und als weiter wirkende latente Gefahr vorzuführen. In Dresden waren es Mutschmann selbst, aber auch der aus Hessen herbeigeholte Gauleiter Jakob Sprenger, der sächsische Wirtschaftsminister und

<sup>84</sup> Liebsch, Verfolgung, 1997, S. 85.

<sup>85</sup> Vgl. Liebsch, Verfolgung, 1997, S. 86; Gryglewski, Feuer, 2001, S. 96 f.; Deutschland-Berichte der Sopade, 2 (1935), 8, Frankfurt am Main 1980, S. 928 f.

<sup>86</sup> Deutschland-Berichte der Sopade, 2 (1935), 8, S. 928.

<sup>87</sup> Vgl. Liebsch, Verfolgung, 1997, S. 86 f.

<sup>88</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, 1995, S. 212 (Eintrag vom 11.08.1935).

<sup>89</sup> Vgl. Gryglewski, Feuer, 2001, S. 96.

<sup>90</sup> Vgl. Longerich, Befehl, 2001, S. 57.

<sup>91</sup> Ein Volk bricht Ketten, in: Der Freiheitskampf, 285 (15.10.1937), S. 1.

Ressortverantwortliche für die hiesige ‚Arisierung‘, Georg Lenk, der sächsische SA-Chef Wilhelm Schepmann und der Kreisleiter der NSDAP Hellmut Walter, die diese Propaganda aktiv betrieben.<sup>92</sup> Bemerkenswert blieb, dass ausgerechnet während der Kampagne der vormalige britische König und nunmehrige Herzog von Windsor mit einem Besuch in Dresden Mutschmanns Ruf aufpolieren half.<sup>93</sup> Dem Herzog wurden durchaus Sympathien für das ‚neue‘ Deutschland nachgesagt.

Bevor im März 1938 die nächste sächsische Kampagne unter dem Motto „Völkerfrieden oder Judendiktatur“ begann, erhöhte Mutschmann Ende Januar anlässlich der fünfjährigen Wiederkehr der ‚Machtergreifung‘ selbst den Vertreibungsdruck auf die verbliebenen Dresdner Juden: Auf einer im „Weißen Adler“ im Dresdner Kurort Bad Weißer Hirsch abgehaltenen Veranstaltung initiierte Mutschmann den Beginn der „Entjudung“ dieses Stadtviertels unter der Parole „Raus mit dem Pack!“<sup>94</sup> Nur wenige Wochen zuvor hatte der Schriftleiter des antisemitischen Hetzblattes *Der Stürmer*, Fritz Fink, vor einem frenetisch begeisterten Parteipublikum in Dresden „vor der falschen Anschauung“ gewarnt, die „Judenfrage“ mit der Verjagung „unserer Hebräer [...] aus Kunst und Wissenschaft und aus den Staatsämtern“ als „gelöst“ zu betrachten.<sup>95</sup> Anfang März 1938 propagierten dann Finks Chef, der *Stürmer*-Herausgeber und fränkische Gauleiter Julius Streicher, und Mutschmann gemeinsam die infame These, dass der „Völkerfrieden“ erst dann gesichert sei, wenn auch andere Völker die „Judenfrage erkannt“ hätten. Wie eng das Verhältnis zwischen beiden antisemitischen Hasspredigern war und wie sehr Streicher die Judenpolitik seines sächsischen „Kollegen“ schätzte, zeigt das bizarre Lob, das er auf dieser Dresdner Auftaktveranstaltung spendete: „Gott sei Dank haben Sie in ihrem Gauleiter Martin Mutschmann einen Mann, der etwas versteht von der Judenfrage. Folgen Sie der Schlichtheit dieses geraden, tadellosen Deutschen, den ich liebe und schätze.“<sup>96</sup>

Waren bereits zu dieser Zeit Propagandaaktionen mit Aktionen zur aktiven Vertreibung von Juden aus bestimmten Stadtbezirken Hand in Hand gegangen, folgten nun ab März 1938 die „ersten ‚gesetzlichen‘ Schritte“, um jüdischen Bürgern und jüdischen Einrichtungen die materiellen Existenzgrundlagen zu entziehen.<sup>97</sup> Dabei trieben Bestimmungen von der regionalen und solche von der zentralen Ebene dieses Räderwerk weiter an. Noch während der letzten sächsischen Kampagne ließ Mutschmann als Reichsstatthalter das Vermögen von Stiftungen und Gesellschaften der jüdischen Gemeinde einziehen; wenige Wochen später, Ende April 1938, erfolgte die reichsweite Verordnung „über die Anmeldung des Vermögens der Juden“. Bis Sommer 1938 zielten weitere Verordnungen auf eine Vernichtung bzw. Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft. Dazu diente auch die Ausweitung der Berufsverbotspraxis gegen Juden, womit ihnen nun auch auf diesem Feld die Existenzgrundlage genommen wurde.<sup>98</sup>

<sup>92</sup> Die Ketten fielen – das Volk ist frei!, in: *Der Freiheitskampf*, 300 (30.10.1937), S. 5.

<sup>93</sup> Der Herzog von Windsor in Dresden, in: *Der Freiheitskampf*, 289 (19.10.1937), S. 5.

<sup>94</sup> Raus mit dem Pack!, in: *Der Freiheitskampf*, 31 (01.02.1938), S. 5.

<sup>95</sup> Julius Streichers Gruß an Dresden, in: *Der Freiheitskampf*, 333 (02.12.1937), S. 6.

<sup>96</sup> Abwehrfront gegen die jüdische Völkerverhetzung, in: *Der Freiheitskampf*, 63 (05.03.1938), S. 5.

<sup>97</sup> Goldenbogen, *Vernichtung*, 1997, S. 93.

<sup>98</sup> Vgl. Goldenbogen, *Vernichtung*, 1997, S. 93 f.; Vollnhals, *Jüdisches Leben*, 2006, S. 101.

Aber auch der symbolische Druck auf Juden erreichte jetzt einen neuen Höhepunkt: Im Juli 1938 erfolgte die zentrale Markierung der Kennkarten von Juden mit dem Buchstaben J. „Wir waren gestempelt wie die gemeinsten Verbrecher“, erinnerte sich eine der Betroffenen, die damals 14-jährige Henny Brenner, in ihren Memoiren.<sup>99</sup> Ein ebenso scharfer wie demütigender Einschnitt war auch die Einführung der Vornamenszusätze Sara für Frauen und Israel für Männer. Zu solch symbolträchtigen Klassifizierungen kam Ende Oktober 1938 die massenhafte Abschiebung von Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit über die deutsch-polnische Grenze. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden auf zentrale Weisung hin Tausende sogenannter Ost-Juden nach Polen abgeschoben, darunter mehrere Hundert, die in Dresden lebten.<sup>100</sup>

Es war dies ein Vorgeschmack auf das Ereignis, das die Dresdner Juden in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 und in den darauffolgenden Wochen zu erleiden hatten. Das Grynspan-Attentat auf einen deutschen Diplomaten in Paris nutzte die NS-Führung für eine zentral gesteuerte Aktion gegen die im Reich verbliebenen Juden. Hitler und Goebbels gaben dabei mit ihren Instruktionen die Richtung vor: Parteiführer vor Ort gingen mit Partei-, SA- und SS-Mitgliedern sowie Sympathisanten aus der Bevölkerung gegen jüdische Einrichtungen, Geschäfte und Synagogen vor, die häufig verwüstet bzw. gebrandschatzt wurden. Unmittelbar nach dieser Reichspogromnacht wurden ungefähr 31.000 Juden in Konzentrationslager gepfercht. Der Vertreibungsdruck hatte mit dieser Aktion eine neue, entsetzliche Qualität erhalten.<sup>101</sup> In Dresden war es in der Nacht zum 10. November zu einer von der Gau- und Kreisleitung initiierten „nächtlichen Kundgebung“ auf dem Rathausplatz und einem „Protestmarsch“ durch die Innenstadt gekommen,<sup>102</sup> in deren Folge die Synagoge angezündet wurde. Am Morgen des 10. November bot sich einem gerade verhafteten Mitglied des CV-Vorstandes folgendes Bild: „Auf dem Weg zum Polizeipräsidium kamen wir bei einer Reihe jüdischer Geschäfte [...] vorbei, bei denen die Menge alles zerschlagen hatte.“<sup>103</sup> Insgesamt wurden ca. 150 jüdische Dresdner ins KZ Buchenwald deportiert, darunter der gesamte jüdische Gemeindevorstand mit Max Lesser an der Spitze und der Gemeinderabbiner Dr. Albert Wolf.<sup>104</sup>

Auffällig war an der Dresdner Aktion nicht die Art und Weise des Vorgehens, sondern die der personellen Steuerung vor Ort. Obwohl Mutschmann bereits 1931 zum Niederbrennen der Synagogen aufgerufen und in den Folgejahren immer wieder den Hass auf die Juden geschürt hatte sowie mit eigenmächtigen Aktionen vorangegangen war, trat er während des gesamten Pogroms nirgends in Erscheinung. Stattdessen berichtete das regionale NS-Blatt von der Steuerung der Aktion durch einen „Gauleiter Hinkler-Hamburg“ und vom Auftritt des NSDAP-Kreisleiters Walter.<sup>105</sup> Mutschmanns Abwesenheit war wohl auf zwei entscheidende Ursachen zurückzuführen: Erstens auf eine schon länger währende Herzkrankheit, die ihn bis Oktober 1938 vollständig von den

<sup>99</sup> Brenner, Henny: Das Lied ist aus. Ein jüdisches Schicksal in Dresden, Dresden 2005, S. 49.

<sup>100</sup> Zum detaillierten Ablauf der Aktion in Dresden vgl. Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 94 f.

<sup>101</sup> Vgl. Gross, November 1938, 2013, S. 57.

<sup>102</sup> Nun ist unsere Geduld zu Ende!, in: Der Freiheitskampf, 310 (10.11.1938), S. 9.

<sup>103</sup> Zit. nach: Barkai, „Wehr Dich!“, 2002, S. 362.

<sup>104</sup> Vgl. Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 96; Gryglewski, Judenverfolgung, 1998, S. 107 f.; Gryglewski, Feuer, 2001.

<sup>105</sup> Nun ist unsere Geduld zu Ende!, in: Der Freiheitskampf, 310 (10.11.1938), S. 9.

Dienstgeschäften ferngehalten hatte und ihn immer noch zur Zurückhaltung zwang,<sup>106</sup> sowie zweitens seine mögliche Anwesenheit in München aus Anlass der alljährlichen Traditionskundgebungen zum Hitler-Putsch vom 8./9. November 1923.<sup>107</sup> Paul Hinkler, der Gauleiter von Halle-Merseburg gewesen war (allerdings schon 1927–1931) und gerade seinen Posten als Polizeipräsident von Altona mit dem in Wuppertal getauscht hatte, scheint von der zentralen NS-Führung für einen Dresdner Kurzeinsatz bestimmt worden zu sein.

Allein schon diese personelle Konstellation zeigt, dass es für die Durchführung zentraler Weisungen gar nicht einmal der Anwesenheit eines so obsessiv antisemitischen Provinzpotentaten wie Mutschmann bedurfte. Die nächtliche Hetzansprache des NSDAP-Kreisleiters Walter, in der von der „Mordpest Alljudas“ und vom endgültigen Rauswurf der Juden aus Deutschland die Rede war, erreichte im Übrigen ein ähnliches Niveau wie bei Mutschmann und war ebenso dazu angetan, den ‚braunen Mob‘ zu Ausschreitungen zu bewegen.<sup>108</sup> Dem Gauleiter blieb es letztlich vorbehalten, zur Jahreswende 1938/39 den „größten Schlag“ gegen das Judentum öffentlich zu legitimieren. In einem Leitartikel für die großen sächsischen Zeitungen verwies auch Mutschmann auf die offizielle Sprachregelung, wonach dem „spontanen Willen“ des „antisemitisch eingestellten deutschen Volkes“ Rechnung getragen worden sei.<sup>109</sup> Wie stark die Pogrombeteiligung der Bevölkerung tatsächlich gewesen ist, kann auch für Dresden noch nicht endgültig ermittelt werden. Neuere Forschungen für das gesamte Reich kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass deutlich mehr Menschen an der Aktion beteiligt waren als nur die allbekannten NS-Formationen.<sup>110</sup> Für Mutschmann schien jedenfalls mit den „drakonischen und wirtschaftlichen Maßnahmen“ die „Judenfrage endgültig gelöst“.<sup>111</sup> Eine physische Vernichtung konnte sich wohl auch dieser radikale Antisemit zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorstellen.

Für die jüdische Gemeinde Dresden hatte der Pogrom einschneidende Konsequenzen: Wie überall im Reich wurden der Gemeinde die finanziellen Folgekosten der Aktion aufgebürdet; zudem war faktisch ihre geistlich-kulturelle Autonomie zerstört worden. Ein großes, zentrales Gebetshaus existierte nicht mehr, ebenso wenig die im Zuge des Pogroms verbotene Gemeindezeitung und die geschlossene jüdische Schule.<sup>112</sup> Übrig blieben nur noch die Reichsvereinigung der Juden und die einzelnen Kultusgemeinden, die jedoch direkt der Gestapo „unterstellt“ wurden.<sup>113</sup> Für Familien wie die von Henny Brenner war das „Lied jetzt wirklich aus“: „Alle Illusionen, die wir uns bis

<sup>106</sup> Vgl. Schmeitzner, Fall Mutschmann, 2011, S. 46.

<sup>107</sup> Der Führer spricht an historischer Stätte, in: Der Freiheitskampf, 303 (03.11.1938), S. 4. In dieser Ankündigung war von der Teilnahme sämtlicher Gauleiter die Rede.

<sup>108</sup> Nun ist unsere Geduld zu Ende!, in: Der Freiheitskampf, 310 (10.11.1938), S. 9. Ein weiterer Artikel des NS-Blattes vermittelte den Eindruck, dass die Brandschatzung der Synagoge und die Verwüstung jüdischer Geschäfte quasi von Geisterhand bewerkstelligt worden war. Vgl. Die Empörung des Volkes macht sich Luft, in: Der Freiheitskampf, 311 (11.11.1938), S. 5.

<sup>109</sup> Mutschmann, Martin: 1938 – das stolze Jahr Großdeutschlands, in: Der Freiheitskampf, 1 (01.01.1939), S.1 f.

<sup>110</sup> Vgl. Gross, November 1938, 2013, S. 53–56; Steinweis, Alan E.: Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom, Stuttgart 2011, S. 61, 84–92, 167 f. Beide Historiker verweisen auf die rege Beteiligung von Schülern bzw. Jugendlichen.

<sup>111</sup> Mutschmann, 1938 – das stolze Jahr, 1938.

<sup>112</sup> Vgl. Die Empörung des Volkes macht sich Luft, in: Der Freiheitskampf, 311 (11.11.1938), S. 5.

<sup>113</sup> Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 98.

dahin gemacht hatten, waren mit der sogenannten Kristallnacht dahin.“<sup>114</sup> Die bittere Erkenntnis, dass nun der Zeitpunkt zur Auswanderung gekommen sei, brach sich nun auch bei jenen Bahn, die bislang immer noch die Hoffnung auf ein Überwintern und Ausharren aufrechterhalten hatten. Die von den Nationalsozialisten forcierte Auswanderung erreichte jetzt noch einmal eine größere Dimension, wobei auch für Dresden die Kindertransporte nach England eine zentrale Rolle spielten. Für diejenigen, die blieben, nämlich mehrheitlich ältere Menschen, sollte sich allerdings jene Beobachtung Klemperers als zutreffend erweisen, die er Ende 1938 seinem Tagebuch anvertraute: „Aber ich will nicht voreilig behaupten, dass wir bereits im letzten Höllenkreis angelangt sind.“<sup>115</sup>

### **„Im letzten Höllenkreis“: Zwangsarbeit, Deportation und Vernichtung**

Wenige Wochen nach der Reichspogromnacht konstatierte der Redakteur der „Deutschland-Berichte“ der Prager Sopade<sup>116</sup>, Erich Rinner, dass der „Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Juden [...] allen Anzeichen nach in sein letztes Stadium“ getreten sei. „Wenn man heute“ frage, so Rinner, der selbst jüdischer Herkunft war, „welche Rechte den deutschen Juden noch geblieben sind, so kann die Antwort nur lauten: keine. Nicht das Recht auf Wohnung, – deutsche Gerichte haben mehrfach entschieden, dass die Hausgemeinschaft mit jüdischen Mietern den arischen Hausbewohnern nicht zugemutet werden könne – nicht das Recht auf Nahrung – in zahlreichen Orten ist der Lebensmittelverkauf an Juden verboten – nicht das Recht auf Arbeit – die Juden sind nach und nach aus allen Berufen entfernt worden – nicht das Recht auf kärglichsten Besitz, auf körperliche Integrität, auf Verteidigung gegen gesetzlose Angriffe, nicht einmal das Recht darauf, das Land mit einem ordnungsgemäßen Pass und eigenen Reisemitteln zu verlassen.“<sup>117</sup> Angesichts dieser Entwicklung und der kampflosen Annexion Österreichs und des Sudetenlandes durch Hitler forderte Rinner, die „Behinderung der deutschen Machthaber an ihren barbarischen Judenverfolgungen“ nicht als „völkerrechtlich verbotene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Dritten Reiches“ zu begreifen. Schon Hugo Grotius habe eine Intervention gegen fremde Herrscher gebilligt, die „ihr eigenes Volk misshandeln“. Mit Blick auf den Westen kam er zu dem prophetisch anmutenden Schluss: „Sie werden sich also nicht wundern dürfen, wenn die Herren des Dritten Reichs nach einem siegreichen Krieg gegenüber den besiegten Völkern die gleichen Entrechtungsmethoden gebrauchen, die sie heute den wehrlosen deutschen Juden gegenüber zur Anwendung bringen.“<sup>118</sup>

<sup>114</sup> Brenner, Das Lied ist aus, 2005, S. 49.

<sup>115</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, 1995, S. 449 (Eintrag von Silvester 1938).

<sup>116</sup> Mit Sopade bzw. SOPADE ist die Exilgemeinschaft (Vorstand und Organisation) der geflüchteten deutschen Sozialdemokraten gemeint.

<sup>117</sup> Deutschland-Berichte der Sopade 5 (1938), 11, S. 1177 f.

<sup>118</sup> Deutschland-Berichte der Sopade 5 (1938), 11,, S. 1297. Der Anfang Dezember 1938 fertig gestellte „Teil B“ des Monatsberichts enthielt die äußerst instruktive Darstellung „Die Entrechtung der deutschen Juden“, welche die Entwicklung seit 1933 einschließlich einer „Geschichtlichen Einleitung“ umfasste (vgl. Deutschland-Berichte der Sopade 5 (1938), 11,, S. 1275–1297).

Viele der von Rinner konstatierten Fakten trafen auch auf Dresden zu. Auch hier hatten Juden bereits 1938 ihre Wohnung verloren, auch hier wurde die Auswanderung zur finanziellen Ausplünderung der Betroffenen genutzt, wobei es immer schwieriger wurde, überhaupt aufnahmebereite Länder zu finden. Unmittelbar nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler lebten in Dresden nur noch ca. 1.200 Juden, für die eine Auswanderung von einem Tag auf den anderen kaum noch in Frage kam.<sup>119</sup> Mit dieser entscheidenden Zäsur war auch der Prozess der Gettoisierung verbunden, der sowohl von der zentralen wie auch von der regionalen Ebene her forciert wurde. Die verbliebenen Dresdner Juden – auch der in ‚Mischehe‘ lebende Victor Klemperer<sup>120</sup> – wurden nun gezwungen, in einem der (vorerst) 37 ‚Judenhäuser‘ der Stadt zu leben, wo ihnen in der Regel kein eigener und abgeschlossener Wohnbereich zustand; sie verloren damit auch die letzte verbliebene private Rückzugsmöglichkeit. Bei der „Entjudung“ der Stadt hatte – wie Marcus Gryglewski bereits gezeigt hat – wiederum der Gauleiter eine „Vorreiterrolle“ gespielt, der die Betroffenen „schnell und ‚wirkungsvoll‘ isolieren“ wollte.<sup>121</sup>

Der Gettoisierung folgte ein Jahr später, im September 1941, nun auch die zentral angeordnete öffentliche Brandmarkung durch den gelben Stern, der auf der Kleidung aufgenäht werden musste. „Was das bedeutete“, so berichtete Henny Brenner später, „wird wohl keiner der Juden vergessen, die damals noch in Deutschland lebten. Wir konnten es nicht fassen, selbst nach all dem, was schon passiert war.“<sup>122</sup> Der gewollte Spießrutenlauf hatte fatale Konsequenzen: Manche der Betroffenen wollten aus Scham nicht mehr auf die Straße gehen, andere mussten auf offener Straße mit psychischen und physischen Übergriffen von fanatisierten NS-Anhängern rechnen, denen sie schutzlos ausgeliefert waren; wieder andere versuchten sich die Demütigung durch Nichttragen oder Verdecken des Sterns zu ersparen, was freilich bei Entdeckung durch Gestapo oder willige Helfer härteste Strafen nach sich ziehen konnte. Allerdings machte Victor Klemperer die Erfahrung, dass sich ein Teil der ‚arischen‘ Bevölkerung gegenüber Menschen wie ihm solidarisch verhielt und sich sogar kritisch über das NS-Regime äußerte, da dieser Teil unter den ‚Sternträgern‘ gerade keine Denunzianten des Regimes vermutete.<sup>123</sup>

Der Schritt von der Verfolgung und Entrechtung zur Vernichtung der Dresdner Juden erfolgte im Zuge einer Ausweitung des Krieges: Mit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 gerieten noch einmal Millionen Juden in den Herrschaftsbereich der deutschen Besatzer. Jetzt beschloss die Spitze des NS-Regimes die

<sup>119</sup> Vgl. Gryglewski, Feuer, 2001, S. 107.

<sup>120</sup> Das Ehepaar Klemperer hatte den Status einer „nichtprivilegierten Mischehe“ (Ehepartner Jude und keine Kinder) und musste deshalb in ein „Judenhaus“ umziehen. „Privilegiert“ waren stattdessen „Mischehen“, in denen der Mann nichtjüdisch war und/oder die aus der Ehe hervorgegangenen Kinder nichtjüdisch erzogen worden waren. Die in „privilegierter Mischehe“ lebenden Paare konnten in ihrer Wohnung verbleiben. Vgl. Przyrembel, „Rassenschande“, 2003, S. 86 f.

<sup>121</sup> Gryglewski, Judenverfolgung, 1998, S. 113.

<sup>122</sup> Brenner, Das Lied ist aus, 2005, S. 56 f.

<sup>123</sup> Klemperer, der beim Auftragen des Sterns auf seinen Mantel einen „tobsüchtigen Verzweiflungsanfall“ erlitt, machte in der Folge eher positive Erfahrungen auf den Straßen Dresdens; auch Bekannte aus anderen Städten signalisierten ihm ihre positiven Erfahrungen mit ‚arischen‘ Passanten (vgl. Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, 1995, S. 671-678 [Einträge vom 20./22./25.09./04.10.1941]). Vgl. auch Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 171–181.

„Endlösung“ der Judenfrage als physische Vernichtung, wobei der Holocaust zuerst durch Einsatzgruppen der SS vor Ort vollzogen wurde. Monate später, mit der Jahreswende 1941/42 und im Gefolge der Berliner Wannsee-Konferenz, ging die NS-Führung um Hitler und Himmler zur industriellen Vernichtung durch Gas über – eine neue Stufe des „Zivilisationsbruchs“ (Dan Diner), der sich vornehmlich im besetzten Polen abspielte.<sup>124</sup> Opfer dieses Massenmordes wurden nun auch die deutschen Juden, die sich diesem „letzten Höllenkreis“ (Victor Klemperer) kaum mehr entziehen konnten. Ab Januar 1942 rollten die ersten Transporte vom Bahnhof Dresden-Neustadt und per LKW nach Norden (Riga), nach Osten (Auschwitz) und Süden (Theresienstadt), wobei auch ein Großteil der nach Riga und Theresienstadt verschleppten Juden vor Ort oder ebenfalls in Auschwitz ermordet wurde. Die logistische Vorbereitung der Transporte erfolgte in der Staatspolizeileitstelle Dresden, in der Vertreter der Gestapo und der NSDAP unter Federführung des Leiters des Judendezernats der Dresdner Gestapo, Henry Schmidt, ihre „Arbeit“ verrichteten.<sup>125</sup>

In Schmidts Regie fiel auch die Koordinierung der als Zwangsarbeiter zurückgehaltenen Juden. Entgegen der Absicht Mutschmanns, so viele Juden wie nur möglich deportieren zu lassen, um Dresden und Sachsen bald „judenrein“ zu machen,<sup>126</sup> setzten sich vorerst diejenigen durch, die sich mittels angelernter billiger Arbeitskräfte größere Vorteile für die Rüstungsproduktion erhofften. In Dresden waren das vor allem ein einschlägiges Rüstungsunternehmen (Zeiss-Ikon AG), die Rüstungsinspektion samt vorgeschaltetem Ministerium und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Deren „pragmatischere“ Linie führte vorübergehend dazu, dass im Goehle-Werk der Zeiss-Ikon AG im November 1942 gar eine eigene „Judenabteilung“ und – für die Unterbringung der jüdischen Arbeiter – das „Judenlager“ Hellerberg entstanden. Die 279 jüdischen Zwangsarbeiter waren vorher von der Gestapo aus ihren Dresdner „Judenhäusern“ geholt und am Hellerberg „gettoisiert“ worden. Nur wenige Monate später, im März 1943, erfolgten die Auflösung des Lagers und die Deportation der Betroffenen nach Auschwitz, da sich deren rüstungswirtschaftlicher „Nutzen“ drastisch verringert hatte.<sup>127</sup> Übrig blieben vor allem in „Mischehen“ lebende Juden wie Victor Klemperer oder Henny Brenner, die weiter Zwangsarbeit leisten mussten – statt im Goehle-Werk nun zum Beispiel in einer Kartonagenfabrik.<sup>128</sup>

Nicht erst im Kontext der Deportationstransporte hatte sich im Reich eine Selbstmord-Welle ausgebreitet, die auch Dresdner Juden erfasste. Selbsttötungen von Juden hatte es seit Beginn des „Dritten Reiches“ gegeben, doch zum Massenphänomen entwickelten sie sich erst im Zeitraum 1941 bis 1943, als sich in Deutschland 3.000 bis 4.000 Juden das Leben nahmen. Dieser „atemberaubende Anstieg“<sup>129</sup> betraf Menschen, die

<sup>124</sup> Vgl. Pohl, Dieter: Holocaust. Die Ursachen – das Geschehen – die Folgen, Freiburg 2000, S. 44–72.

<sup>125</sup> Vgl. Suttner, Irina/Ulbricht, Gunda: Henry Schmidt. Leiter des Judendezernats der Dresdner Gestapo, in: Pieper/Schmeitzner/Naser, Braune Karrieren, 2012, S. 72–77, hier S. 74.

<sup>126</sup> Vgl. Held, Steffen: Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen, in: Vollnhals, Sachsen in der NS-Zeit, 2002, S. 200–223, hier S. 220; Gryglewski, Judenverfolgung, 1998, S. 117 f.

<sup>127</sup> Vgl. Suttner/Ulbricht, Henry Schmidt, 2012, S. 76; Gryglewski, Judenverfolgung, 1998, S. 123–141, widmet sich ausführlich dem „Judenlager“.

<sup>128</sup> Vgl. Brenner, Das Lied ist aus, 2005, S. 69–74.

<sup>129</sup> Goeschel, Sebastian: Selbstmord im Dritten Reich, Berlin 2011, S. 167. Das Kapitel über die Selbsttötungen deutscher Juden umfasst die Seiten 149 bis 183 und beleuchtet eindrücklich die Konjunktoren dieses Phänomens.



die jahrelange Entrechtung, Drangsalierung und Verfolgung nicht mehr über sich ergehen lassen wollten, Menschen, deren menschliche Würde es nicht mehr zuließ, sich mit einem gelben Stern selbst zu brandmarken, Menschen, die alltäglich in der Angst lebten, von Gestapo-Funktionären in ihren ‚Judenhäusern‘ heimgesucht und gequält zu werden,<sup>130</sup> Menschen vor allem, die aus Angst vor der – als ‚Arbeitseinsatz im Osten‘ apostrophierten – Deportation und Vernichtung den selbstbestimmten Tod vorzogen. Victor Klemperer vertraute im Mai 1942 seinem Tagebuch an, dass sich in Berlin bereits 2.000 Juden das Leben genommen hätten;<sup>131</sup> neun Wochen später notierte er fast schon apathisch: „Selbstmord, Selbstmordversuch: das Alltäglichsste. Morgen ist der Fall von einem anderen Fall verdrängt. Auch in meinem Gedächtnis.“<sup>132</sup> Schon Anfang März 1942 hatte er den Freitod seines langjährigen Freundes, des ‚gesäuberten‘ DNN-Herausgebers Julius Ferdinand Wollf notiert: „Der Professor [...] hat nach mehreren Haussuchungen mit seiner Frau Selbstmord begangen.“ Sein Hinweis, „er soll freilich am Erblinden gewesen sein“, schien da wenig tröstlich.<sup>133</sup>

Das antisemitische Trommelfeuer, das sich seit der Kriegswende von Stalingrad (1942/43) noch einmal verstärkte, ließ jedoch selbst diejenigen, die noch nicht die letzte Hoffnung auf ein Überleben aufgegeben hatten, kaum unbeeindruckt. Die „antijüdische Angstpropaganda“,<sup>134</sup> die Goebbels mit Blick auf die Gegner in Moskau, London und Washington im Frühjahr 1943 schürte, fand wieder einmal in Mutschmann einen extremen Verstärker: Um die Bevölkerung auf den totalen Krieg und eine totale Mobilisierung einzuschwören, wurden die Kriegsgegner als „Alljuda“, als eine Art zeitgemäßer Verbindung aus ‚roter‘ und ‚goldener‘ Internationale diffamiert, und so wurde dem deutschen Volk ein ebenso eindimensionales wie verschwörungstheoretisches Feindbild suggeriert. Hatte Goebbels gemäß Hitlers Prophezeiung von 1939 im Zuge dieser Kampagne darauf hingewiesen, dass das „Judentum“ als angeblicher Urheber des Krieges zumindest in Europa seinem Untergang entgegengehe, so bemühte Mutschmann nicht nur beinahe täglich antisemitische Feindbildkonstruktionen. Er äußerte sich vielmehr selbst zur „Ausrottung“ des Judentums<sup>135</sup> und bot einem so berühmten Antisemiten wie Johann von Leers in seinem Blatt *Der Freiheitskampf* die Bühne, um die schon vollzogene Ermordung der Juden offen zu legitimieren.<sup>136</sup> Klemperer, der diesen Leitartikel genau analysierte – vor allem den Satz „Es gibt heute Menschen genug, die sich darüber beklagen, dass wir die Juden aus Europa ausrotten [...]“ –, notierte dazu: „Das heißt also:

<sup>130</sup> In Dresden waren dies besonders die berühmten Gestapo-Kommissare Arno Weser und Johannes Clemens.

<sup>131</sup> Vgl. Klemperer, Victor: *Ich will Zeugnis ablegen*. Tagebücher, Bd. 2, Berlin 1995, S. 92 (Eintrag vom 22.05.1942).

<sup>132</sup> Klemperer, *Zeugnis*, Bd. 2, 1995, S. 190 (Eintrag vom 31.07.1942).

<sup>133</sup> Klemperer, *Zeugnis*, Bd. 2, 1995, S. 35 (Eintrag vom 01.03.1942).

<sup>134</sup> So die Bezeichnung von Longerich, *Judenverfolgung*, 2006, S. 287.

<sup>135</sup> In seiner Rede erklärte Mutschmann, die „Rasse ohne Raum, das Judentum“, habe den neuerlichen „Weltbrand“ entfacht, es gehe „um Leben oder Sterben, und es wird kommen, wie es einst der Führer im Reichstag voraussagte: Dieser neue Weltkrieg wird nicht zum Untergang Deutschlands und Europas führen, sondern zur Ausrottung des internationalen Judentums“ (Beste Heimateindrücke des Stoßtrupps aus dem Osten. Gauleiter Mutschmann mit seinen Fronturlaubern in Rüstungsbetrieben, in: *Der Freiheitskampf*, 133 [15.05.1943], S. 4. Vgl. auch Schmeitzner, Mike: „Lieber Blut schwitzen ...“. Martin Mutschmann und die sächsische „Gauregierung“ 1943 bis 1945, in: Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens/Weil, Francesca (Hg.): *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949* [= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 60], Göttingen 2016, S. 27–45, hier S. 31–33).

<sup>136</sup> Leers, Johann von: *Schuld ist der Jude*, in: *Der Freiheitskampf*, 143 (25.05.1943), S. 1 f. Bei dem Artikel handelte es sich um einen Nachdruck aus der badischen Gauzeitung *Der Führer* vom 17.5.1943 (vgl. Longerich, *Judenverfolgung*, 2006, S. 278 f.).

1) Sie haben angefangen. 2) Und hauptsächlich: Unsere Judenvertilgung ist in Deutschland selber gar nicht populär.“<sup>137</sup>

Obwohl also gerade ein so sorgfältig beobachtender Mann wie Klemperer den Holocaust als „offenes Geheimnis“ (Longerich) wahrgenommen hatte (lediglich über die Vernichtungsmethoden erfuhr die Öffentlichkeit nichts) und obwohl er und seine ihm verbliebenen Freunde immer wieder Mutschmanns „gräßliche“ Judenhetze erwähnten,<sup>138</sup> unternahm er doch bei diesem ein „demütiges Bittgesuch“ (Klemperer), „mir einen Teil meines Ruhegehalts zu bewilligen“. Hintergrund war die durch Krankheit und Alter hervorgerufene Erwerbsunfähigkeit des Ehepaars Klemperer.<sup>139</sup> Der Tenor des Gesuchs war dabei ganz auf Mutschmanns „primitive Mentalität“ zugeschnitten, wobei ihm der letzte noch in Dresden zugelassene jüdische Arzt, der „Krankenbehandler“ Willy Katz, und der Dresdner Vertreter der Reichsvereinigung der deutschen Juden, der Jurist („Konsulent“) Ernst Neumark, bei der Abfassung des Schriftstücks halfen. Knappe vier Wochen später erfuhr Klemperer durch Neumark, dass „der Herr Reichsstatthalter die Zahlung eines Teiles des Ruhegehaltes an Victor Israel Klemperer abgelehnt“ habe.<sup>140</sup>

Eine andere Entscheidung wäre bei Mutschmann auch kaum zu vermuten gewesen – noch im Juli 1944 mahnte er Heinrich Himmler persönlich, die industrielle Vernichtung der Juden auch wirklich zu Ende zu bringen.<sup>141</sup> In der Abwägung zwischen Ideologie und Kriegsnotwendigkeiten hatte sich Mutschmann fast immer für die Ideologie und gegen pragmatische Handlungsweisen entschieden, wie ein weiteres Beispiel zeigt: Als sich Mutschmann weigerte, Frau und Kindern eines gefallenen „Mischlings zweiten Grades“ die ihnen zustehenden Beihilfen auszuzahlen, musste erst der Chef der Reichskanzlei eingreifen, um den Dresdner Widerstand zu brechen.<sup>142</sup> Anders als der ideologische ‚Hardliner‘ an der Elbe war die zentrale Ebene in Berlin viel eher geneigt, Rücksicht auf die Stimmung an der ‚Heimatfront‘ zu nehmen – zumal im Jahre 1944. Im selben Jahr hatte Mutschmann auch nicht verhindern können, dass – im Zuge der Aufgabe von besetzten Gebieten – Rüstungsunternehmen und SS mit der Etablierung von KZ-Außenlagern wieder damit begannen, jüdische Zwangsarbeiter in Dresden auszubeuten.<sup>143</sup>

## Ausblick

Die Deportation der meisten noch verbliebenen einsatzfähigen Dresdner Juden nach Theresienstadt wurde letztlich nur durch den alliierten Luftangriff auf Dresden verhindert, der einen Großteil der Stadt zerstörte. Daran scheiterte auch der Abgang des für den 16. Februar 1945 geplanten Deportationstransportes. Wie perfide bis dahin das System der Judenverfolgung funktionierte, zeigt nicht zuletzt die logistische Planung dieser Deportation: Auch in deren zeitlichem Vorfeld wurde Neumark als

<sup>137</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, 1995, S. 385 (Eintrag vom 29.05.1943). Auch Longerich, Judenverfolgung, 2006, S. 279, hat bereits auf den „höchst alarmierten“ Klemperer hingewiesen.

<sup>138</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, 1995, S. 609 (Eintrag vom 30.10.1944).

<sup>139</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, 1995, S. 514 (Eintrag vom 12.05.1944).

<sup>140</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, 1995, S. 528 (Eintrag vom 08.06.1944).

<sup>141</sup> Vgl. Mutschmann an Himmler vom 25.7.1944 (BA, NS 19/1872).

<sup>142</sup> Vgl. Heiber, Helmut (Bearb.): Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes: Teil 1: Regesten, Bd. 1, München 1983, S. 923 und 1002.

<sup>143</sup> Vgl. Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 108 f.

Vertrauensmann der Reichsvertretung der deutschen Juden von der Gestapo instruiert, die Gestellungsschreiben für den angeblichen „auswärtigen Arbeitseinsatz“ auszufertigen und an die Betroffenen weiterzugeben. Klemperer ging ihm dabei – zuerst noch „ahnungslos“ – zur Hand.<sup>144</sup> Der Schein der Selbstverwaltung, der doch nichts anderes war als ein von der Gestapo erzwungener Handlangerdienst, brachte die Betroffenen selbst in Gewissensnöte – ein moralisch ‚richtiges‘ oder ‚falsches‘ Handeln schien es für sie in dieser für sie fremdbestimmten Lage nicht zu geben. Es war für sie eine „Gratwanderung“, die sie nur deshalb unternahmen, um bis zuletzt auch „Hilfe“ und „Linderung“ spenden zu können.<sup>145</sup> Für einen Teil der Dresdner Juden bedeuteten letztlich die verheerenden Angriffe auf die Stadt die Rettung vor dem sicheren Tod. Im Chaos der Zerstörung überlebten sowohl Ernst Neumark und Willy Katz als auch Henny Brenner und Victor Klemperer, der – als gebrechlicher 63-Jähriger – gar nicht auf der Deportationsliste gestanden hatte. Für die diejenigen, die den Deportationsbefehl bereits in der Tasche trugen, war der Anblick des brennenden Gestapo-Gebäudes am Dresdner Hauptbahnhof ein stiller „Trost“, für die jüdischen Zwangsarbeiter aber, die beim Angriff ihr Leben verloren, war derselbe keine Befreiung.<sup>146</sup>

Was aber passierte nach dem Ende des ‚Dritten Reiches‘ mit denen, die seit 1933 mit antisemitischer Propaganda und Judenverfolgung eine blühende jüdische Gemeinde ausgelöscht, ihre Angehörigen entrechtet, verdrängt und vertrieben hatten? Und was passierte mit denen, die im Mai 1945 nur 174 alteingesessene jüdische Bürger übrig gelassen hatten?<sup>147</sup> Mehrere der Hauptverantwortlichen wurden tatsächlich zur Rechenschaft gezogen – so etwa der vordem allgewaltig erscheinende Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann, der mit seinem obsessiven Antisemitismus und seinen radikalen Eigeninitiativen einen Großteil der Verantwortung trug. Ihm machte ein sowjetisches Gericht in Moskau den Prozess – dem Todesurteil folgte am 14. Februar 1947 die Exekution. Problematisch blieb in seinem Fall der Umstand, dass von diesem Geheimverfahren niemand Kenntnis hatte und von seiner Rolle bei der Judenverfolgung im Urteil selbst keine Rede mehr war.<sup>148</sup> In sowjetischen Geheimverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden auch Georg Lenk und Georg Bellmann, die in Sachsen die ‚Arisierung‘ maßgeblich vorangetrieben hatten.<sup>149</sup> Reichlich spät stand mit Henry Schmidt auch derjenige vor Gericht, der als Logistiker der Deportationstransporte direkt am Holocaust beteiligt gewesen war. Der Gestapo-Mann wurde 1987 von einem Dresdner Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.<sup>150</sup> Andere wiederum vermochten unterzutauchen und in den Westzonen ein beschauliches Leben zu führen – so etwa der vor-malige Dresdner NSDAP-Kreisleiter Hellmut Walter, der 1938 eine zentrale Rolle beim

<sup>144</sup> Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, 1995, S. 657 f. (Eintrag vom 13.02.1945).

<sup>145</sup> Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 109.

<sup>146</sup> Brenner, Das Lied ist aus, 2005, S. 79.

<sup>147</sup> Vgl. Goldenbogen, Vernichtung, 1997, S. 109.

<sup>148</sup> Schmeitzner, Fall Mutschmann, 2011, S. 125 f. In den Verhören hatte sich Mutschmann zum eigenen Anteil an der Judenverfolgung bekannt, aber die Judenvernichtung beharrlich geleugnet. Er wurde vor allem wegen seiner Verantwortlichkeit auf dem Gebiet der Behandlung der sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener sowie wegen seines Anteils am Machtergreifungsterror der NSDAP verurteilt.

<sup>149</sup> Schmeitzner, Fall Mutschmann, 2011, S. 118 f.

<sup>150</sup> Vgl. Suttner/Ulbricht, Henry Schmidt, 2012, S. 77.

Dresdner Pogrom gespielt hatte.<sup>151</sup> Wieder andere – wie der Gestapokommissar und Judenquälerei Johannes Clemens – machten nach 1945 Karriere im BND und parallel dazu als Spitzel für den KGB.<sup>152</sup> Viele weitere Täter, Helfer und Akteure wurden nie zur Rechenschaft gezogen – dies bleibt ein dunkles Kapitel der justiziellen ‚Bewältigung‘ nach 1945.<sup>153</sup> Doch damit fügte sich der Dresdner ‚Kosmos‘ nur in den allgemeinen Strom der Nachkriegsgeschichte ein. Bemerkenswert bleibt viel eher die spezifische Dresdner Entwicklung vor 1945, die mit antisemitisch-völkischen Protagonisten (Martin Mutschmann) und allerlei Aktivitäten ‚von unten‘ eigene, vorwärtstreibende Akzente im Prozess der Judenverfolgung gesetzt hat – bis hin zu dem Umstand, dass in der Abwägung von Ideologie und Kriegsnotwendigkeiten mitunter ersterer ein Vorrang eingeräumt wurde.

**Zitiervorschlag** Mike Schmeitzner: *Tödlicher Hass: Antisemitismus und Judenverfolgung in Dresden 1933–1945*, in: *Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 10 (2016), 19, S. 1–28, online unter [http://www.medaon.de/pdf/medaon\\_19\\_Schmeitzner.pdf](http://www.medaon.de/pdf/medaon_19_Schmeitzner.pdf) [dd.mm.yyyy].

**Zum Autor** Mike Schmeitzner, geb. 1968, 1999 Dr. phil., 2013 PD; seit 1997 wiss. Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. und seit 2001 Lehrbeauftragter an der TU Dresden. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, des ‚Dritten Reiches‘ und der SBZ/DDR, insbesondere auch zum Parlamentarismus, zur Jugendbewegung und zur Geschichte der Totalitarismuskonzeptionen, zuletzt u. a. „Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal“, *Beucha* 2011; „Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert“, *Bonn* 2012; „Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949“ (zus. mit Clemens Vollnhals und Francesca Weil), *Göttingen* 2016.

<sup>151</sup> Zur Biografie und zum Nachleben von Walter, der 1991 bei München starb, vgl. Jahn, Annetrin: Cuno Meyer und Hellmut Walter. Dresdens NSDAP-Kreisleiter, in: Pieper/Schmeitzner/Naser, Braune Karrieren, 2012, S. 51–57, hier S. 56.

<sup>152</sup> Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Karriere eines Boxers. Johannes Clemens: Vom Dresdner Gestapo-Schläger zum Doppelagenten des KGB im BND, in: Heer, Finsternis, 1997, S. 152–169.

<sup>153</sup> Zu dieser Problematik vgl. Pieper/Schmeitzner/Naser Braune Karrieren, 2012; Schmeitzner, Mike: Tätern auf der Spur. Dresden und der Nationalsozialismus, in: Pieken/Rogg, Schuhe von Toten, 2014, S. 98–107.